

Er scheint täglich aus: Montag, Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Austr. Sonntags-Beilage „Frühblatt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln. in der Post-Zeitungs-Vertriebsstelle für 1893 unter Nr. 6708.

Infektions-Gebühr beträgt für die Sanjgepolizei-Dienstleistungen oder deren Raum 40 Pf., für Verreinigungs- und Veranlagungs-Ansätzen 20 Pf. Informativ für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 1. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 29. Dezember 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Abonnements-Einladung.

Wir ersuchen alle unsere Freunde und Genossen, nach Kräften für die Erweiterung unseres Abonnementkreises zum 1. Januar thätig zu sein. Es ist das eine Parteipflicht. Die Hauptstärke einer Partei liegt in ihrer Presse — je mehr Leser ein Blatt hat, desto größere Macht hat es, und wer dem Partei-Organ neue Leser zuführt, stärkt sonach die Partei.

Wir haben, unterstützt von der Partei, in letzter Zeit unseren Inhalt bedeutend erweitert und auch dem Feuilleton erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt.

Der Roman

### „Helene“

von Minna Kautsky,

welchen wir jetzt veröffentlichen, reißt sich den besten Schöpfungen der modernen Romanliteratur an.

Unmittelbar nach den Weihnachtsferien tritt der Reichstag wieder zusammen und seine Verhandlungen werden von ungewöhnlicher und unmittelbarer Wichtigkeit sein.

Unter solchen Umständen haben wir ein doppeltes Recht, auf die Unterstützung der Genossen zu rechnen, und die Verbreitung des „Vorwärts“ von ihnen als eine Pflicht heischen zu können.

Mit dem 1. Januar eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

### „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

### „Die Neue Welt“.

Nach die „Neue Welt“ wird neben gediegenen kleineren Beiträgen einen überaus spannenden Roman

### „Armer Leute Kind“

von Ed. Wengraf

vom 1. Januar ab veröffentlichen.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure, sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,

wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 Mark für das Quartal

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.) Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflichst, das Abonnement rechtzeitig anzugeben, damit die regelmäßige Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleidet.

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienenen Theil des Romans

### „Helene“

von Minna Kautsky

auf Verlangen gratis nachgeliefert.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

### Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

(Alle Rechte vorbehalten.)

### Helene.

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

„Geh ich Der jeden Handgriff erst lange zeige, mache ich's lieber gleich selbst,“ pflegte sie zu sagen. „Ich halte mich unnütz auf, und schließlich kann ich, was sie zusammen pfuscht, nicht einmal brauchen.“

So wurde, was immer die Kleine antährte, ihr von der ungeduldigen Mutter wieder aus der Hand gerissen. Nein, da zusehen, wenn sich eine so ungeschickt anstellte, das war ihr nicht gegeben.

Die Frau hatte auch ihren Dünkel und es liebte ihre Eitelkeit, ihr Töchterchen einzuschüchtern, um ihr ihre Unfähigkeit in Dingen, in denen selbst egyptische, recht fähbar zu machen.

Aber Lene grünte sich darüber nicht allzusehr. Sie überließ der Mutter die Arbeit und begnügte sich in aller Dergens Fröhlichkeit das Unnützte zu thun oder gar nichts.

Zimmer blieb ihre Thätigkeit eine zwecklose und ungerichtete. Sie las gern, aber ohne Auswahl alles, was ihr in die Hand fiel: die Schulbücher der Brüder, die schlechten Romane der Mutter und die Zeitungen des Vaters, sodas in diesem jungen, phantasievollen Kopfe die

### Bildungsfeindliche Zentrums-Politik.

Als nach dem Zusammentritt des neuen Reichstags der Reichskanzler Graf Caprivi dem Zentrum Vorhaltungen machte wegen der regierungsfeindlichen Haltung, die es in den Geruch demokratischer Neigungen bringe, da haben feierlich Herr Lieber mit seinem erkünstelten Pathos und Herr Gröber mit dem gekränkten Biedermannstone Verwahrung dagegen eingelegt, für Demokraten angesehen zu werden. Sie mußten nicht scharf genug zu betonen, das sie stets dafür zu haben sein würden, wenn es gelte, das Volk in der Zucht Gottes und in der Furcht vor der hohen Obrigkeit zu erhalten.

Kenner des Zentrumsgeistes sagten die Lieber und Gröber nichts Neues. Nur so harmlose Gemüther wie der Reichskanzler konnten dadurch überrascht werden. Jetzt hat das Zentrum abermals einen Befähigungsnachweis für Schergendienste auf dem Gebiete bildungsfeindlicher Reaktion geliefert, wie er nur aus einer Partei hervorgehen konnte, die in der Volksverdummung das beste Mittel zur Befestigung ihrer eigenen ins Wackeln gerathenen Macht erblickt. Und recht bezeichnend für die künftige Politik dieser Bewunderer und Anhänger des heiligen Stuhls ist es, das sie ihre Verdummungsmasregel aufzuziehen als einen Antrag zur Hebung des Handwerks. Kann es den Handwerkern glaubhaft gemacht werden, denken die Lieber und Gröber, das ihnen die Beseitigung unbedeutsamer Konkurrenz ein paar Pfennige mehr einbringt, so werden sie sich den Teufel darum scheeren, das dabei die Volksbildung in die Brüche geht.

Als ein vielparagraphiger Gesehentwurf zur Abänderung der Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich stellt sich der Antrag Gröber dar, der dem Buchhandel durch Einschränkung und Chikanierung des Kolportagegeschäfts die Lebensadern unterbinden soll. Dieser löbliche Zweck tritt in dem langatmigen Schriftstück nicht sofort zu Tage. Durch einige ganz harmlos aussehende Einschaltungen und Wortänderungen in dem bisherigen Gesetz soll er erreicht werden, indem zunächst der gesammte Kolportage-Buchhandel dem Hausirgewerbe in jeder Hinsicht gleichgestellt wird und dann die Kontrollbestimmungen für das Hausirgewerbe, die dasselbe jetzt bereits von der Gnade der Polizeibehörden abhängig machen, in veratorischer Weise verschärft werden.

Nach den gegenwärtig geltenden Bestimmungen kann der Kolportage-Buchhändler nur in den seltensten Fällen als Hausirer durch die Behörden behandelt werden, da er meist eine feste Niederlassung hat, also sein Gewerbe nicht nur „im Umherziehen“ betreibt. Es genügt, das er für sich selbst und seine Reisenden einen Legitimationschein besitzt. Dadurch wird aber doch schon der Kolportage-Buchhandel erschwert, das der Kolporteur genöthigt ist, von der Polizeibehörde sein Schrittenverzeichnis genehmigen zu lassen und es stets mit sich zu führen. Jetzt wollen Gröber und Konsorten, das bei Lieferungswerken Zahl und Preis der einzelnen Lieferungen genau angegeben werden soll. Das würde gerade die Herausgabe wissenschaftlicher Werte in

wunderlichsten und unwahrsten Vorstellungen vom Leben und von den Menschen sich zu entwickeln begaunen.

Glücklicherweise erziehen sich die Kinder, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, selbst und untereinander; am besten die Mädchen an den Knaben. So war es auch hier der Fall. Lene war unter ihren etwas jüngeren Brüdern lechlich aufgewachsen und zeigte sich fürchtlos und lähn, sodas sie wegen ihrer Knabenhaftigkeit oft gescholten wurde.

Das wurde ein wenig besser, als ein neuer Nachbar Thür an Thür hier eingezogen war. Es war Konrad Ebner mit seiner Mutter. Er war Lithograph und in einer renommirten Anstalt beschäftigt. Die Mutter führte die Wirtschaft und suchte durch Zimmervermietten sich einen kleinen Nebenverdienst zu beschaffen.

Es waren recht angenehme Leute, und besonders die Mutter so gutmüthig, heiter und hilfsbereit, das die Röders sich bald gewöhnten, sie in schwierigen Fällen in Anspruch zu nehmen.

Bei jedem unvermutheten Ereignis, bei dem die kleine Frau Röder sofort den Kopf verlor, mußte Frau Ebner helfend eingreifen. Sie trieb Kurpfuscherei nach jeder Richtung hin mit dem größten Erfolg. Aber auch mit Nadel und Scheere mußte sie umzugehen; sie verstand Kleider und Hüte zu machen, und besas, da sie einmal als junge Frau auf eine Modezeitung abonniert gewesen war, die vorzüglichsten Schnittmuster, mit denen sie Frau Röder, die für die Veränderungen der ewig wechselnden Mode kein Auge hatte, gerne aushalf.

Kurz, Frau Luise Ebner war eine resolute Frau, die

Lieferungsform, bei denen sich der Umfang im Voraus gar nicht berechnen läßt, äußerst erschweren.

Doch schlimmer noch werden die folgenden Bestimmungen in dem vorgeschlagenen § 60 wirken:

Der Wander-Gewerbechein berechtigt den Inhaber in dem Bezirk derjenigen Behörde, welche den Schein erteilt hat, das bezeichnete Gewerbe nach Entrichtung der darauf haftenden Landessteuern zu betreiben. Zu dem Gewerbebetrieb in einem anderen Bezirke ist die Ausdehnung des Wander-Gewerbecheins durch die zuständige Behörde dieses Bezirkes erforderlich.

Besüglich welcher Waaren ein Bedürfnis zum Feilbieten und Auffuchen von Bestellungen im Bezirk besteht, und wie vielen Personen zu diesem Zwecke Wander-Gewerbecheine erteilt oder ausgedehnt werden können, hat die Behörde alljährlich im Voraus festzustellen. Diese Feststellung ist öffentlich bekannt zu machen.

Durch die Gleichstellung der Kolporteurs mit den Hausirern werden sie eines Wander-Gewerbecheins für jeden einzelnen Verwaltungsbezirk bedürfen, während sie bisher mit einfachem Legitimationschein im ganzen Reiche ihrem Gewerbebetriebe nachgehen konnten. Die Wander-Gewerbecheine sind nun aber keineswegs kostenfrei. Abgesehen von der Belastung, die durch die errungene Beschaffung einer ganzen Anzahl solcher Scheine verursacht wird, steigern sich für den einzelnen Kolporteur die Kosten dadurch in dem Maße, das viele, und gerade die bedürftigsten Leute, ihr Geschäft würden aufgeben müssen.

Was soll man nun aber gar zu der ungeheuerlichen Bestimmung sagen, das die Zahl der auszugehenden Wander-gewerbecheine von dem Bedürfnis nach Erweisen der Polizeibehörden abhängig gemacht werden soll! Man stelle sich nur einmal die praktische Durchführung dieser Bestimmung vor: Die Behörde hat es stets in der Hand, das „Bedürfnis“ nach Kolporteurs so niedrig zu bemessen, das sie nachher alle wegen ihrer politischen Gesinnung mißliebigen Personen von der Ertheilung des Wandergewerbecheins ausschließen kann. Die Zahl der gutgesinnten polizeimilitär- und kirchenfrommen Kolporteurs wird stets dem „Bedürfnis“ genügen. Keine drei Jahre brauchen in's Land zu gehen, und von sozialdemokratischen Kolporteurs wäre nichts mehr zu hören und zu sehen. Polizei und Kirche verspüren sicher kein Bedürfnis nach ihnen und ihren Schriften.

Mit Vorliebe werden nun stets die Hintertreppenromane als Zugmittel für alle Einschränkungen des Buchhandels verwandt. Die Polizeikontrolle thut derartigen Spekulationen auf das Sensationsbedürfnis mangelhafter Leute indeß doch keinen Abbruch. Nur durch Hebung der Volksbildung und durch Verbreitung von Schriften höheren geistigen Inhalts läßt sich gegen die Schundliteratur ankämpfen. Das ist es aber gerade, was weder der Kirche noch der Polizei in den Kram paßt. Nun haben aber obendrein statistische Aufnahmen ergeben, das die Kolportage-Romane nur etwa 5,38 pCt. von den durch Kolportage vertriebenen Schriften ausmachen. Die Zentrums-masregel würde von dem Vertriebe der Kolportage-Romane sicher nur wenig, wohl aber die 94,62 pCt. des Kolportagegeschäfts sehr erheblich einschränken und hemmen.

Nur nebenbei mag als besonders bezeichnend für das Zentrum erwähnt werden, das den Frauen der Wander-

Kopf und Herz am rechten Fleck und dazu einen gesunden Magen hatte. Sie neigte zu einem leichten Embonpoint, das zu ihrem Wesen vortrefflich paßte. Sie war von heiterer Gemüthsart, niemand konnte so lachen wie sie, und doch war ihr Leben schmerz erfüllt gewesen und hatte sich überaus kärglich gestaltet.

Aber nie hatte sie das kränkliche Mitleid mit sich selbst empfunden. Sie hatte erfahren, das der Mensch einen Puff auszuhalten vermag und eine schier unverwundliche Kraft besitzt, um sich aus Leid undummer immer wieder emporzurichten zu den Empfindungen der Freude und Liebe. Und diese frohe Kampfnatur, die sich selbst nicht schon, da sie nicht selbstlich empfindet, hatte sich auf ihren Sohn vererbt. Konrad hatte nur eine kurze Schul- und Lernzeit gehabt. Er hatte das sechzehnte Jahr noch nicht zurückgelegt, als sein Vater, der Eisenbahnkondukteur gewesen, der Ueberanstrengung in seinem Dienste zum Opfer fiel. Seine Leiden, sein frühzeitiger Tod hatten den warmherzigen Knaben halb wahnsinnig gemacht, die drückende Armuth, in die die Mutter und er geriethen, brachte ihn wieder zu sich. Er mußte arbeiten und verdienen. Da er Zeichnen gelernt hatte, wendete er sich der Lithographie zu und fand in einer jener großen Anstalten Aufnahme, die fabrikmäßig geleitet wurden. Diese wechselnden Ereignisse seines Lebens hatten ihm über Manches die Augen geöffnet und er behielt sie offen.

Zu Beginn der siebziger Jahre, in der Zeit des mächtigen wirtschaftlichen Aufschwunges, war auch die Arbeiterbewegung gewaltig vorwärts gekommen. Die großen sozialistischen Theorien eines Marx und Engels wurden in den



Gewerbeschein überhaupt ohne nähere Begründung verlangt werden soll. Darin tritt der frauenfeindliche Geist einer konfessionellen Partei unverhüllt zu Tage, die es liebt, sich sozialreformerisch zu geben.

Braucht man über die Wirkungen des Gröber'schen Antrages, falls er Gesetz werden sollte, noch irgend welche Worte zu verlieren? Zunächst würde zwar nur der Buchhandel schwer dadurch getroffen, und nicht nur der Buchhandel, sondern die sämtlichen Gewerbe, die sich mit der Herstellung von Druckdrucken befassen. Man erwäge nur, daß  $\frac{1}{3}$  der gesamten buchhändlerischen Erzeugnisse durch Kolportage vertrieben werden. Tausende von Christen würden vernichtet werden. Das ist schon schlimm genug, doch schlimmer noch ist die schwere Schädigung, die der Bildung und Aufklärung durch die Verkümmern des Schriftvertriebes zugefügt würde. Kaum jemals ist im unscheinbaren Gewande einer Regelung des Gewerbescheins ein solch heimtückisches Attentat auf die heiligsten Interessen eines Volkes verübt worden.

Es wird unser aller Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß es nicht gelingt.

Überall im Lande war der Antrag Gröber kolportiert und besprochen worden. Das wird hoffentlich dazu beitragen, daß nicht nur der bössliche Plan selbst zu nichte gemacht wird, sondern daß auch dem katholischen Volke die Augen aufgehen über das wahre Wesen seiner bisherigen Wortführer. Und ist es erst zu spät gekommen, daß kein "Verdächtig" besteht nach solchen Volksvertretern, dann wird es ihnen auch den mißbrauchten Volksvertretungs-Gewerbeschein bei nächster Gelegenheit entziehen.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 28. Dezember.

**Eine neue Enquete über die gewerbliche Sonntagsruhe.** Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt:

Die nach Anhörung der Beteiligten der Gruppe III (Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Zerkleinerung der Gewerbestatistik angeordnete Ausnahmestimmungen, betreffend die Sonntagsruhe in den gewerblichen Anlagen, dürften demnächst dem Bundesrathe zugehen. Zum Zwecke der Entgegennahme von bezüglichen Wünschen der Industriellen und Arbeiter aus Gruppe V der Gewerbestatistik (Metallverarbeitung) werden, wie wir hören, in der zweiten Hälfte Januar hier analoge Konferenzen abgehalten werden, wie unlängst mit den Beteiligten der Bergwerks-Industrie.

Leider ist der Werth der Vernehmung der Arbeiter sehr niedrig zu schätzen, da nicht die Vertrauensmänner der Arbeiter, sondern die der Beamten und Unternehmer wieder vernommen werden dürften.

**Zur Beleuchtung der Quittungs- und Frachtbriefsteuer.** Wie einschneidend die projektierte Quittungs- und Frachtbriefsteuer wirkt, beweisen folgende der "Trier. Landesztg." mitgetheilte Zahlen: Eine größere Mühle in der Nähe von Trier besitzt und verwendet im Durchschnitt monatlich 120 Frachtbriefe zu Wagenladungen zu 20 Pf., macht 24 M., 120 Schlachtungen zu 10 Pf., macht 12 M., ferner monatlich 350 bis 400 Geldsendungen, wofür sie Quittungen erteilen muß, per Stück 10 Pfennig, macht monatlich 35 bis 40 Mark. Im ganzen also ca. 70-80 M. Steuer monatlich! Eine drückendere Steuer wäre kaum denkbar. — Auf kleinere Verhältnisse mit geringeren Umsätzen würde die Steuer relativ noch mehr drücken. Die Steuer würde natürlich nicht der Mähibesitzer tragen, sondern in letzter Linie würde dieselbe an den Konsumenten des Mehles hängen bleiben, und eine neue Brotvertheuerung zur Folge haben.

**Den Bericht der Börsen-Enquete-Kommission** veröffentlicht heute der "Reichs-Anzeiger" in einer besonderen Beilage, und zwar die Beschlüsse und den Text des vom Reichskanzler dem Bundesrathe und dem Reichstage vorgelegten Berichtes der Börsen-Enquete-Kommission, ohne Anlagen.

Der Bericht nebst Anlagen (mit Ausschluß der nachstehend bezeichneten ist für 20 M., die stenographischen Protokolle über die Vernehmung der Sachverständigen und das Register dazu (Anlagen 2-6 des Berichtes) sind für 50 M., soweit der Vorrath reicht, von der Reichsdruckerei, Berlin S., Oranienstraße 90/91, zu beziehen. Die Drucklegung einiger weniger Anlagen ist zwar noch nicht beendet, ihr Erscheinen steht aber binnen kurzem zu erwarten.

Kreisen der Arbeiter eifrig kolportiert und begegneten empfänglichen Gemüthern und einem offenen, verständigen Sinn.

Der Ruf: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! hatte angefangen, Leben und Gestalt anzunehmen. Die Arbeiter begannen sich zu organisiren.

Konrad hatte sich der Bewegung angeschlossen und zählte bald zu ihren eifrigsten Anhängern.

Er las die Arbeiterblätter und besuchte die Versammlungen, wo er mit den Genossen zusammentraf. Es waren Arbeiter verschiedener Branchen, verschiedener Konfession, verschiedener Nationalität, die alle durch die Macht neuer Ideen und ihres großen gemeinsamen Zieles sich verbunden fühlten.

Diese Versammlungen erwiesen sich als ein vorzügliches Bildungsmittel, denn hier, wie in den Philosophenschulen der Athener, schloß sich den wissenschaftlich gehaltenen Vorträgen sofort die Diskussion an, an der sich Jeder betheiligen konnte.

Zweifel und Bedenken, ja die gegentheiligsten Meinungen kamen zum Ausdruck, um der Reihe nach besprochen, verglichen und widerlegt zu werden, und immer sachlicher wurden die Debatten, und brachten anschauliche Klarheit in die verwickeltesten Fragen.

Auch Konrad war damit Anleitung und Gelegenheit zu begriffsmäßigem Denken gegeben; aber wenn er das Gymnasium der Sozialdemokratie auch mit Erfolg absolvierte, so fehlte ihm noch gar viel, um die sozialistische Lehre in ihrer vollen wissenschaftlichen Bedeutung in sich aufzunehmen und zu verarbeiten.

Da brachte ihn der Zufall mit Röder zusammen, der eine gute Bibliothek besaß und selbst ein gebildeter und belebter Mann war, und diese Begegnung wurde für beide Theile von ausschlaggebender Bedeutung.

Frau Röder konnte nun gar nicht begreifen, was die beiden im Alter so ungleichen Männer so eng verband und was sie denn gar so eifrig mit einander zu besprechen hatten.

Auch die Drucklegung der sog. Sitzungs-(Berathungs-)Protokolle ist im Werke, sobald die Abgabe auch dieser demnächst wird erfolgen können.

**Der deutsch-spanische Handelsvertrag** kann nicht am 1. Januar in Kraft treten, weil das spanische Parlament im Dezember nicht tagte und so den Vertrag nicht erledigen konnte.

Wie die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" offiziös mittheilt, sind zwischen der deutschen und spanischen Regierung Verhandlungen hierüber im Gange, welche voraussichtlich zur Verlängerung des Provisoriums bis Ende Januar l. J. auf der Grundlage gegenseitiger Meistbegünstigung führen werden. Da die gesetzliche Vollmacht zur provisorischen Erneuerung der Meistbegünstigung mit dem 31. dieses Monats abläuft, würde eine solche Verlängerung der nachträglichen Genehmigung des Reichstages bedürfen.

**Zu den deutsch-russischen Handelsvertrags-Verhandlungen** erzählt das "Berliner Tageblatt":

Bei den am 3. Januar l. J. wieder beginnenden Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Rußland handelt es sich u. a. um die Forderung Deutschlands, daß der Vertrag bis zum 1. Januar 1904 abgeschlossen werde, also gleichzeitig mit dem Handelsvertrage mit Oesterreich-Ungarn zu außer Kraft trete. Die russische Regierung scheint bisher nicht geneigt, sich auf dem handelspolitischen Gebiete für so lange Zeit die Hände zu binden, aber es ist begreiflich, daß Deutschland nur dann Interesse an dem Handelsvertrage hat, wenn er unsere Industrie auf längere Zeit sicherstellt.

**Deutscher Kolonialkrieg in Sicht?** Der "Köln. Zeitung" zufolge ist das Gouvernementsgebäude in Kamerun durch meuterische Polizeisoldaten ausgeplündert worden. Die Besatzung des deutschen Kriegsschiffes "Gyane" hat die erbeuteten Sachen zurückerobert. Man zählt mehrere Tode.

**Auch ein Erfolg der Sozialdemokratie.** Seit einem Vierteljahr ist der bayerische Landtag mit einer gegen früher wesentlich gesteigerten Arbeitsfähigkeit verammelt. Er hat genau 50 Plenarsitzungen gehabt, während in der letzten Session in der gleichen Zeit nur 33 abgehalten wurden.

Das bequeme Diätenschludern hat die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages den Herren Liberalen und Ultramontanen gehörig vergällt, früher hielten sie oft nur zweimal in der Woche Sitzung, jetzt aber fünf und sechsmal. Ueberhaupt hat sich das ganze Niveau des bayerischen Landtages wesentlich geändert, seitdem unsere Partei dort Fuß gefaßt hat. Die Debatten sind bedeutender, vielseitiger und wichtiger geworden. Eine gleiche Verjüngungskur thäte dem preussischen Abgeordnetenhaus auch gut.

**„Welches sind die geeignetsten Mittel, um die ländlichen Arbeiter vom Juge nach der Stadt zurückzuhalten?"** Für die beste Antwortung dieser für die Strunk- und Ribbenbarone offenbar hochwichtigen Frage hat die landwirthschaftliche Buchhandlung von Paul Parey, Berlin, Leipzigstraße, eine Prämie von 300 M. ausgesetzt. Da scheinen denn doch die von den Landwirthen bisher angewandten Mittel nicht mehr zu ziehen und in der höchsten Noth gedankt Herr Parey zu helfen, indem er 300 M. risirt. Bei uns konnte er es viel billiger haben, wenn er uns gefragt hätte. Wir wollen Herrn Parey daher aus der Verlegenheit helfen und ihm auf seine Frage die Antwort geben: „Gebt den ländlichen Arbeitern, was ihnen gebührt, das ist, besseren Lohn und laßt ihnen eine menschenwürdige Behandlung zu Theil werden! Dann scheidet Ihr Euch dauernd tüchtige Arbeiter und spart Eure 300 M.!"

Ob den Herren dieser Rath wohl gut dünkt?

— Der „Reichsbote" erregt sich über unser Feuilleton zur Jugendliteratur. Seine wüsten Schimpfwörter — er spricht u. A. vom „materialistischen Dungehufen der Sozialdemokratie" — werden uns nicht hindern, wie in allen Dingen, so auch gelegentlich der Schaffung einer unsern Ideen entsprechenden Jugendliteratur ehrliche und offene Selbstkritik zu üben. Sehr komisch wirkt es, daß der „Reichsbote" bei Abdruck des Zitates aus Engels „daß wir die geistigen Erben von Männern wie Kant, Fichte und Hegel seien" hinter den Namen Fichte's zwei Ausrufungszeichen (!) setzt. Sollte es dem „Reichsbote" nicht bekannt sein, daß gerade von Fichte's Erbschaft unser

Aber ihr Mann hatte ihr nie einen Einblick in sein Thun oder Lassen gestattet und gab sich verschlossener als je.

Die geschenkten Theaterbillets hatten an diesem Nachmittage in der Familie Röder keine geringe Aufregung hervorgerufen.

Die Nachbarin Ebner war eingeladen worden, mit Mutter und Tochter die Festvorstellung zu besuchen; und so kam es, daß Röder mit den Jungen allein war.

Nachdem er den Abendimbiss mit ihnen eingenommen, hieß er sie barsch ihre Bücher vornehmen und ruhig sein. Er begab sich in seine Stube und setzte sich an den Schreibtisch.

Er hatte sich eine Zigarre angezündet und, sich in den Sessel zurücklehnd, blieb er eine Weile in tiefen Gedanken.

Jetzt entnahm er einem bereits geöffneten Kouvert einen Brief und durchlas ihn auf's Neue. Er war russisch.

„Es ist schmachlich," murmelte er. „Rußland eröffnet einen diplomatischen Feldzug gegen die Pforte und unterminirt gleichzeitig ihre südslawischen Provinzen... es will einen Krieg am Balkan und an der Donau, das ist offenbar... es will seine Eroberungspolitik fortsetzen bis es sich die Herrschaft über ganz Europa gesichert... aber geschieht das, dann —" seine Brauen furchteten sich tiefer... „dann sind unsere Bestrebungen zu nichts, dann sind wir um ein Jahrhundert zurückgeworfen."

Er hatte die schlechte Zigarre, die nicht brennen wollte, in eine Schale geworfen und preßte die Lippen fest aufeinander, dann erhob er sich, um eine Schublade aufzuschließen, der er ein Manuskript entnahm. Es war ein halbvolledeter Kuffak, der den Titel „Russische Intrigen" trug.

Er überlas einige Seiten des Geschriebenen und ein Lächeln der Genugthuung glitt über seine eben noch so verdüsterten Züge.

„Ich habe die Lage völlig richtig beurtheilt, nun erhalte ich hier von Dobukoff für meine Vermuthungen die Belege,

Vorkämpfer Lassalle einen ausgedehnten Gebrauch gemacht hat, und zwar nicht nur in seinem Aufsatz „Fichte's politisches Vermächtniß", worin er „aus den Ausführungen Fichte's die Nyanwendung zieht — der Föderalismus würde... reaktionär wirken, die Verwirklichung der deutschen Einheit ist vielmehr nur möglich in und mit der unitarischen, demokratischen Republik, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantheil trägt" (Bernstein), sondern auch in seinen Agitationsreden — wir erinnern an die schöne Stelle im Arbeiterprogramm:

„Auch Fichte erklärt ausdrücklich und wörtlich, daß mit dem steigenden Stande eine immer steigende Zunahme der sittlichen Verschlimmerung entstehe, daß — es sind dies alles seine eigenen Worte — „die Schlechtigkeit nach Verhältniß des höheren Standes zunehme.""

Das zuletzt angeführte Zitat Fichte's möchten wir dem Organ des Herrn Hofpredigers a. D. als Thema zu einem gelegentlichen Festartikel empfehlen.

**Ueber die „anarchistischen" Bomben-Attentate** schreibt die „Ethische Kultur":

Wir sind gewohnt, die Vernichtungen, deren sich Anarchisten schuldig machen, unter dem Sammelnamen „Propaganda der That", zu begreifen und zu verdammen. Und wir verdammen mit Recht. Aber gehen wir unserem Verdammungsurtheil einmal auf den Grund! Wir verabscheuen die Tödtung, wir verwerfen die Zerkleinerung. Warum haben wir nicht den gleichen Fluch zur Hand für die Massenvertheilung, die Massenzertrümmerung, die im Kriege geschieht? Viellecht, weil der Patriotismus die Vernichtungsaktionen gebietet? Nein, das dürfen wir nicht sagen; denn dann würde lediglich der Beweggrund ausschlaggebend sein müssen für die Verurtheilung oder Abeldung der That — gerade das, was die Propagandisten der That zu ihrer Rechtfertigung behaupten.

Die chauvinistischen Blätter — natürlich die national-liberalen voran — schreiben Feter über die so vernünftigen Bemerkungen. „Also der Soldat, der sein Vaterland verteidigt, sei ein heimtückischer Verbrecher wie der Vaillant-Marchal!" heulmeiern sie mit patriotischem Augenverdrehen. Ist der „Ethischen Kultur" nicht eingefallen, den „Verteidigungskrieg" hat noch niemand verurtheilt. Aber werden denn bloß Verteidigungskriege geführt? Ist der Militarismus nicht dazu da, um auch Angriffskriege zu führen? Und ist der Gedanke, durch eine internationale Massenmegelei den Weltfrieden zu sichern und die Menschen zu beglücken, nicht mindestens ebenso verrückt, wie der Gedanke, durch das Plagen eines Kochtopfes die kranke Gesellschaft gesund zu machen?

Jedenfalls können wir wiederholen, was wir bereits als unsere Ueberzeugung ausgesprochen, daß z. B. der Mann, welcher die Kriege von 1866 und 1870 entzündete, und welcher die Kaiser Depeche fälschte, um den mörderischen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen, ein tausendmal größerer Verbrecher ist, als der Pariser Kochtopfmann Vaillant-Marchal.

**Dem politischen Morde in Prag** folgt die Ausübung seitens der reaktionären österreichischen Regierung auf dem Fuße. Aus Prag wird hierüber telegraphirt:

Die amtliche Prager Zeitung stellt fest, daß sich aus den Geständnissen der Mörder des Mirva als zweifellos ergebe, daß diese den Namen Böhmens im Auslande schändende und alle Patrioten wegen der Zukunft des Landes beunruhigende Bluthat mit dem systematisch betriebenen Mißbrauche des gesprochenen und geschriebenen Wortes seitens der jüngeren politischen Generationen zusammenhänge. Das Blatt erklärt, die aufstehenden Symptome erinnern an die Prager Junitage von 1848 und an das verhängnisvolle Jahr 1820 und fordert die Patrioten auf, rasch und ernst auf eine Revision des politischen und nationalen Programms, auf eine Ausrüstung der Vertreterschaft des Volkes und auf Hebung der Moral der öffentlichen Meinung und ihrer Organe hinzuwirken, widrigenfalls für das für den guten Ruf Böhmens Unerläßliche von Außen vorgejagt werden müßte.

An allem, was den Regierungen unangenehm ist, war stets die öffentliche Behandlung in der Presse und in Vereinen schuld, so auch an den Attentaten. Demnach müßten die meisten Attentate in den Vereinigten Staaten und der Schweiz vorkommen, in welchen Ländern vollkommene Versammlungs- und Pressfreiheit besteht, während in Rußland, wo ein freies Aussprechen über innere Verhältnisse ganz unmöglich ist, Attentate unmöglich sein sollten. Die Logik der Reaktionen und die geschichtlichen Thatsachen decken sich aber nicht, denn nirgends kommen mehr Attentate vor als

sie sollen ihre Wirkung nicht verfehlen." Er breitete den Brief vor sich aus, puzte seine Brille, regulirte die Flamme seiner Petroleumlampe und griff zur Feder.

In der angrenzenden Stube lockerten die Jungen und neckten sich so lange im Spaß, bis sie ernstlich auf einander los hieben.

Er achtete nicht darauf, er hörte sie gar nicht, ganz in seine Arbeit vertieft.

Da ward die Klingel laut und heftig gezogen.

Röder schrak zusammen und verfarbte sich leicht. Er wollte sein Manuskript zusammenrücken, ehe er Einlaß gewährte, denn er war ein vorsichtiger, ja ein wenig ängstlicher Mann, aber schon hatten die Jungen an dem schmalzenden Zungenlaut, der wie ein lustiges Signal von außen kam, den Besucher erkannt und ihm die Thür geöffnet. Es war Konrad Ebner.

Konrad scherzte mit den Jungen und trat dann bei dem Vater ein.

Vertraulich grüßend, legte er ihm die Hand auf die Schulter. „Ich wollte Dich noch sehen — es ist manches vorgekommen, das Dich interessieren dürfte," sagte er rasch sprechend und ohne eine Aufforderung abzuwarten, setzte er sich zu ihm an den Schreibtisch.

Das volle Lampenlicht erleuchtete sein junges Gesicht, das hager, tief gefärbt und geistig belebt war. Schweres, dunkelblondes Haar fiel ungeordnet über eine breite Stirne; es schien nicht vernachlässigt, aber der Mann hatte seit dem Morgen nicht wieder in einen Spiegel gesehen und nicht daran gedacht, es zurecht zu kämmen. Schon hatten seine tiefstehenden, raschen Augen das Manuskript, das auf dem Schreibtisch ausgebreitet lag, gemustert und er strich seinen blonden Schnurrbart und lächelte, wobei eine Reihe nicht gerade weißer, aber schöner und kräftiger Zähne zum Vorschein kam.

„Ah, Du hast Väterchen schon beim Kragen, sehr gut, ich werde diesem Text noch einige Erläuterungen beifügen können."

(Fortsetzung folgt.)



im absolutistischen Russland, nirgends weniger als in der Schweiz und in Nordamerika. Auch in Prag kam es erst zum Attentat, als der Belagerungsstand in Kraft getreten war, schärfere Maßregeln werden nur die Wuth, Rachsucht und Unversöhnlichkeit steigern und alles eher bewirken, als daß Verbrechen verhütet werden. —

**Der Pariser Gemeinderath und die Arbeitsbörse.**  
In seiner Sitzung vom 24. Dezember hat der Pariser Gemeinderath die für die elektrische Beleuchtung der Arbeitsbörse vorgesehenen Ausgaben, die sich im letzten Jahre auf 23 500 Franks beliefen, gestrichen, damit sie nicht, wie es hieß, den von der Polizeipräfektur und Herrn Dupuy daselbst installirten Leuchten diene; die Municipalgardisten und Agenten sollen sich, wenn sie wollen, mit der Kerze beleuchten. Welche Ohrfeige für den Herrn Ex-Ministerpräsidenten und alle diejenigen, die der Schließung der Pariser Arbeitsbörse zugejubelt haben! —

**Die belgische Sozialdemokratie (Arbeiterpartei)** hielt am Sonntag und Montag (24. und 25. Dezember) einen außerordentlichen Kongress im „Volkshaus“ (Maison du Peuple) zu Brüssel ab. Es handelte sich um die Feststellung des neuen Programms, das der vorige Kongress für notwendig erklärt hatte, und mit dessen Vorbereitung — durch Ausarbeitung eines Entwurfs — der Generalrath der Partei betraut worden war. Die Debatte war sehr interessant, und bei verschiedenen Punkten auch sehr lebhaft. Die allgemeine Prinzipienabklärung, die dem allgemeinen Theil unseres Programms wesentlich entspricht, erledigte sich ziemlich rasch; sie nahm nur eine kurze Vormittags-sitzung in Anspruch. Eine Meinungsverschiedenheit befürgtete sich bloß bezüglich des Ausdrucks „kollektivistisch“, den einige durch „kommunistisch“ ersetzt wünschten. Man blieb aber bei dem Wort „kollektivistisch“ und stellte fest, daß es jetzt genau dieselbe Bedeutung habe wie „kommunistisch“, wobei u. a. auf das „kommunistische Manifest“ verwiesen ward.

Nicht so glatt ging es mit der Programm-Abtheilung, welche die praktischen Forderungen enthalten soll. Und zwar gab — genau wie eine Zeilung bei uns in Deutschland — die Stellung der Partei zur Religion den Hauptgegenstand der Diskussion. Für die Trennung der Kirche vom Staat und von der Schule war man einstimmig, aber ein Theil der Delegirten verlangte auch eine scharfe Stellungnahme gegen die Religion. Dem wurde widersprochen — aus prinzipiellen, wie aus praktischen Gründen. Die Sozialdemokratie sei eine politische und ökonomische Partei, die als solche mit Fragen der theoretischen Wissenschaft nichts zu thun habe, wenn sie sich auch auf die Wissenschaft stütze. Als Partei, welche die absolute Meinungsfreiheit und die absolute Freiheit der Meinungsäußerung wolle, müsse sie jedem das Recht, eine Religion zu haben, einzuräumen und gewährleisten. Die Religion werde von selbst verschwinden, wenn sie nicht durch die herrschenden Klassen im Interesse ihrer Klassenherrschaft gepflegt werde; wenn die Schule dem Klerus entzogen sei, und wenn die Wissenschaft nicht mehr im Dienst des Klassenstaats und der kapitalistischen Gesellschaft stehe.

Diese Ansicht überwog, und der Kampf gegen die Religion ist nicht ins Programm aufgenommen worden.

Eine Anfrage des jungen de Raeye — eines Sohnes des bekannten verstorbenen Sozialistenführers — entsandte eine kleine „Zukunftstaats“-Debatte. Er meinte nämlich, es sei gut, die künftige Gesellschaftsordnung in ihren Umriszen zu zeigen. Man wies ihm das Unwissenschaftliche seines Antrages nach und damit war der Zwischenfall beendet, dessen wir gar nicht erwähnt hätten, wenn nicht das Organ des Herrn Bacher, die „Kölnische Volks-Zeitung“ ihn zu einer nachträglichen indirekten Ehrenrettung für den unglücklichen Veranstanter der unglücklichen Zukunftstaats-Debatte des deutschen Reichstags zu machen versuchte.

Die Debatte über die praktischen Forderungen konnte nicht zu Ende geführt werden; sie wird auf dem regelmäßigen Osterkongress der Partei fortgesetzt.

Erwähnt sei noch, daß der Kongress sich für das Proportionalwahl-system erklärt hat. Für dasselbe stimmten 128 Gruppen, dagegen 80 — 6 Gruppen enthielten sich. Diese Zahlen geben zugleich ein Bild der Stärke und Bedeutung des Kongresses, der die Einheitlichkeit und Festigkeit der belgischen Arbeiterpartei in ein glänzendes Licht gestellt hat. —

**Die Staatsschulden Großbritanniens.** Einer dem britischen Parlamente zugegangenen Aufstellung über die Staatsschulden Großbritanniens und Irlands und deren Verringerung entnehmen wir die folgenden Angaben über die Bewegung der englischen öffentlichen Schuld seit dem Regierungsantritt der Königin Victoria. Der Gesamtbetrag der Staatsschulden betrug am 1. Januar:

1830 . . . 17 280 000 000 M.	1870 . . . 16 680 000 000 M.
1840 . . . 16 740 000 000 „	1875 . . . 15 160 000 000 „
1845 . . . 16 580 000 000 „	1880 . . . 14 780 000 000 „
1850 . . . 16 880 000 000 „	1885 . . . 14 220 000 000 „
1855 . . . 15 980 000 000 „	1890 . . . 13 680 000 000 „
1860 . . . 16 240 000 000 „	1895 . . . 13 880 000 000 „
1865 . . . 1 680 000 000 „	

Während der letzten 57 Jahre hat sich also die öffentliche Schuld Englands um 3 660 000 000 M. verringert und zwar ist diese Verringerung eine durchaus konstante gewesen, nur im ersten Jahre nach dem Reimkrieg hat die Schuld eine Vermehrung erfahren, doch wurde auch in dieser Zeit die Schuldentilgung keineswegs aufgegeben. Ueber den Umfang und die Vertheilung der jährlichen Ablösungen giebt die folgende Tabelle Auskunft:

1830 . . . 3 540 000 M.	1870 . . . 49 880 000 M.
1840 . . . 42 240 000 „	1875 . . . 72 840 000 „
1845 . . . 48 160 000 „	1880 . . . 104 800 000 „
1850 . . . 43 600 000 „	1885 . . . 140 560 000 „
1855 . . . 53 400 000 „	1890 . . . 102 280 000 „
1860 . . . 72 860 000 „	1895 . . . 127 920 000 „
1865 . . . 82 240 000 „	

England ist eben kein Militärstaat, hat daher keine Veranlassung Jahr aus Jahr ein neue Schulden zu machen. Es hat auch eine sogenannte bewegliche Einkommensteuer, welche runderhand, außerordentliche Ausgaben auch von beträchtlicher Höhe ohne Aufnahme von Schulden zu decken und zwar in einer Weise, daß vornehmlich die bestehenden Klassen zur Deckung dieser Ausgaben herangezogen werden. Herr Miquel aber hätte sich wohl, diesem Beispiele Englands zu folgen. Als „nationaler“ Politiker legt er alle Lasten auf die Schultern der Besitzlosen! —

**Die Unzufriedenheit des italienischen Volkes** mit der Regierung findet auch ihren Ausdruck bei den Nachwahlen zum Parlament. Erst unlängst wurden an Stelle von Regierungsmännern die Radikalen Cavallotti und Imbriani und am letzten Sonntage im 2. römischen Bezirk, der bisher stets liberal-monarchisch vertreten war, ein Anhänger der republikanischen äußersten Linken, der Arzt und Gemeinderath Dr. Montenovoli gewählt. Würden allgemeine Wahlen heute stattfinden, so würden die Crispi, Zanardelli, Rudini, Giolitti und ihre Anhänger, mit einem Worte das ganze verfaulte, korrupte System des „neuen Italiens“ weggesegt werden. Ist dies im Augenblicke auch nicht möglich, so wird doch das System und seine wohl-beforderten und angesehenen und durch die Korruption reich gewordenen Stützen bald von der politischen Bühne verdrängt werden. —

**Sizilien, von Natur ein Paradies, ist durch die herrschenden Gesellschafts-Einrichtungen zu einer Hölle auf Erden gemacht worden.** Unseren Lesern konnten wir — aus zuverlässigster Quelle — haarsträubende Einzelheiten über die dortigen Zustände mittheilen. Unsere Schilderungen werden im vollsten Maße bestätigt durch ein kapitalistisches Blatt, die „Neue Freie Presse“ von Wien, der ihr „Römischer Korrespondent“ unterm 27. d. telegraphirt:

„Die gegenwärtige Bewegung auf Sizilien, die hier wahrhaft verblüffend gewirkt hat, obgleich jedermann die Unmöglichkeit der Zustände auf der Insel kennt, bedeutet einen Gesundungsprozess, den man nur in die richtige Bahn zu lenken braucht, damit er der Insel und dem Reiche zur Wohlthat gereiche. Die Lage des Landvolkes in den Bergen und auf den Hochflächen des Innern wird von dem Generaldirektor der öffentlichen Sicherheit selbst als schauerhaft bezeichnet. Garibaldi Bosco, der Urheber der Bauernvereinigungen, schildert in der letzten Nummer seiner „Giustizia“ das soziale Leben der Bauern folgendermaßen: Sie arbeiten wie die Kälbtiere den ganzen Tag und einen Theil der Nacht, trinken Wasser und essen Brot und Zwiebeln, wohnen in ungesunden, dem Winde und Regen offenen Verschlägen, sind mangelhaft bekleidet und leben in tiefer Unwissenheit. Sie müssen zur Sommerzeit, während der Grundherrn in Bädern weilt, in der Sonne verschmachten, zur Winterzeit Kälte und Hunger leiden, die Vorwürfe und Schmähungen des Grundherrn oder Pächters schweigend ertragen, für ihn die Steuern bezahlen, von ihm sich bewahren lassen bis zu vollständiger Aechtung und mit 50 Jahren insolge der Mühen und Entbehrungen arbeitsunfähig werden und, wenn Gott gnädig ist, im Spittel verenden.“

„So sehr diese Schilderung sozialistische Besinnungen vertragen mag, so entspricht sie doch der Wahrheit. In ganz Italien muß der Großgrundbesitzer vorerst den Eigenthümer, dann den Generalpächter, die Unterpächter und die Unternehmer reichlich nähren, und es ist natürlich, daß in die schwierige Hand des besitzlosen Landarbeiters nur wenige Tropfen fallen; in Sizilien bedeuten diese Tropfen bei zwölfstündiger Arbeit 60 bis 80 Centimes (48—64 Pfg.) den Tag, und die Bauern sind verpflichtet, die Lebensmittel bei ihrem Unternehmer zu kaufen, der sie natürlich bis auf die Knochen auskauft. Das trotz alledem die armen Menschen vernünftigen Erwägungen zugänglich und keine Tränmer sind, beweisen die Statuten von Casteltermine und Corleone, in welchen das toscanische Halbparsystem als das Ziel erklärt wird, dem der Bauernbund zustreben soll, und wo Halbparsverträge angenommen wurden, da hatten die Streitigkeiten zwischen den Grundherren und den Bauern ein Ende. Neuestens schwierig ist die Frage der Verbrauchsteuern, welche die reichste Einnahmequelle aller von den Grundherren verwalteten Bauerngemeinden sind. Am allerschwerigsten ist die Frage der Gemeindevertretungen, welche der Tummelplatz der wildsten Selbstsucht und Leidenschaft sind. Hier kann nur eine starke Hand Ordnung und Recht schaffen. Die parlamentarische Regierung hat dies zu thun versäumt. Das heutige Sizilien ist für parlamentarische Einrichtungen nicht reif. Schlimmer als alles andere ist die Lage der Arbeiter in den Schwefel-Bergwerken. Sie schreien nach „Rache“, schreibt ein sizilianischer Journalist, und er fügt hinzu, daß er beim Anblicke achtjähriger Kinder, die, leuchtend, stöhnend und weinend die dunklen, verpesteten Stellen herauskletternd, das Mineral zu Tage förderten, zwölf Stunden im Tage ohne andere Nahrung als trockenes Brot, daß auch er mit ihnen weinte und sich fragte, ob eine menschliche Regierung solche entsetzliche Marter dulden könne, ohne sich mit Schande zu bedecken.“

„D. was kümmert ein herzloser Demagog, wie Crispi, sich um diesen Jammer. Und gegen das Gefühl der Schande ist er mit dreifachem Erze gepanzert. Wenn er nur den großen Mann spielen kann! Mag das Volk zu Grunde gehn!“

Das Halbparsystem, welches der Korrespondent des Wiener Bourgeoisblatts empfiehlt, besteht darin, daß der Pächter mit dem Grundbesitzer den Ertrag der Ernte zu zwei gleichen Theilen theilt — ein System, das dem Elend der Bergbauernwirtschaft in keiner Weise abhilft und nicht einmal eine Halbheit ist — denn es läßt dem Bauern die ganze Misere.

Wie zu erwarten war, ist der Zustand von Sizilien nach dem italienischen Festland hinübergesprungen. Aus Calabrien und aus der Romagna wird der Ausbruch von Lurufen gemeldet. Ueberall wird die Polizei verstärkt — sagt der Telegraph. Schade nur, daß es nicht genug Polizei (und auch nicht genug Soldaten) giebt, wenn „überall“ das Volk sich erhebt. —

**Ueber Steuern und Fiskalismus in Italien** macht ein Berichterstatter der „Münchener Neuesten Nachrichten“ treffende Bemerkungen, aus denen wir die folgenden hervorheben:

Nach dem Etats-Abschluß für 1892/93 beliefen sich die gesammten Staats-Einnahmen auf 1595 Millionen Lire (1274 Millionen Mark), von denen 1325 Millionen Lire (1069 Millionen Mark) aus direkten und indirekten Abgaben herrührten. Die ersteren allein belaufen sich auf 341 Millionen Mark, und zwar die Grundsteuer auf 85 Millionen Mark, die Gebäudesteuer auf 69 1/2 Millionen Mark und die Vermögens- und Einkommensteuer auf 187 1/2 Millionen Mark. Die indirekten Steuern ergaben einschließlich der freiwilligen Abgaben, welche dem Staate aus dem Tabak- und Lotteriemonopol zufließen, 808,8 Millionen Lire (718 Millionen Mark), wovon auf Zölle und Hofenabgaben 201 1/2 Millionen Mark, auf Verzehrungssteuern 29 Millionen Mark, auf den Salzverbrauch 50 Millionen Mark entfielen. Der Tabak trägt dem Staate 168 1/2 Millionen, das Lotteriespiel 56 Millionen Mark ein. Da Italien gegen 31 Millionen Einwohner zählt, so kommen auf den Kopf der Bevölkerung 34 Mark Staatssteuern.

Damit sind aber die Leistungen der im Lande der Orangen heimischen contribuenti piöba (steuerzahlendes

Volk) noch nicht erschöpft. Auch die Provinz und die Gemeinde will ihren wohlgeheueren Theil an der Ertrage der Arbeit in Empfang nehmen. Die Einnahmehudgets der Gemeindeverwaltungen beliefen sich im genannten Jahre auf 296 1/2 Millionen Mark. Da nur 86 Millionen aus den Erträgen der Gemeindevermögen und 7 1/2 Millionen Mark aus verschiedenen anderen Einnahmequellen herkommen, so bleiben 203 1/2 Millionen Mark als Ertrag der Kommunalsteuern zu verzeichnen. Diefelben weisen eine anscheinliche bunte Liste auf. Zu den 120 1/2 Millionen ausmachenden Zuschlägen zur Steuer auf städtische und ländliche Grundstücke und den Verzehrungsabgaben, welche 112 1/2 Millionen betragen, kommen noch Abgaben auf den Hausstand, die Biersteuer, die Mietzinssteuer, den landwirtschaftlichen Viehbestand, Zug- und Lastthiere, Hunde, öffentliche und Privat-Jubelwerke, Gewerbe, Benutzung öffentlichen Grundes u. a. m. Endlich nehmen auch die Provinzen noch Zuschläge zur Steuer auf die Grundstücke in Anspruch, und zwar im Ganzen 67 1/2 Millionen, wozu noch 2 Millionen anderer Provinzialabgaben kommen, so daß obige Summe von 1069 Millionen auf 1284 Millionen und der Steuerbetrag pro Kopf der Bevölkerung auf fast 44 1/2 M. anwächst!

Es sollen und müssen nun, um die Monarchie vor finanziellen und wirtschaftlichem Ruin zu bewahren, neue Steuern aufgelegt werden. Wenn dieselben die unermittelten Klassen treffen sollten, wäre nicht ausgeschlossen, daß diese endlich die Geduld verlieren und eine unheilvolle Konvolution die Folge wäre. Dies zu beweisen, genügt ein Blick in eins der Amtsblätter, wie sie seitens der Präfekturen in den 69 Provinzen der Monarchie periodisch veröffentlicht werden. Eine stehende Rubrik bilden in denselben die Verzeichnisse der mit ihren Zahlungen im Rückstande befindlichen Steuerpflichtigen, deren meist armelige Habe infolge dessen unter den Hammer gebracht wird. Soeben bringt das betreffende Amtsblatt von Syrakus ein solches Verzeichnis von 129 Personen in der 10 000 Bewohner zählenden Ortsgemeinde Chiaromonte, meist Landenten, welche zwei Tage nach Weihnachten durch Versteigerung ihres Stückchens Land, ihrer Hütte und etwaigen beweglichen Eigentums zu gunsten des Fiskus an den Bestelhaber gebracht werden sollen. Nur 7 von den 129 Steuerpflichtigen haben eine Schuld von mehr als 40 M. Fast die Hälfte, nämlich 58, schulden weniger als 10, 30 weniger als 8 und 7 schulden weniger als 4 M. Es bedarf keines weiteren Wortes, um erkennen zu lassen, wie traurig die Lage kleiner Eigenthümer sein muß, welche eine solche Schuld auf keine Weise tilgen können, wie unmenslich und unsinnig die Fiskalgesetze sind, welche um so unbedeutender Beiträge willen eine kostspielige bürokratische Maschinenrie in Bewegung setzen und Arbeiter in Bettler verwandeln, und wie frechhaft es sein würde, wollte man die neuen Steuern auf die schon in Menge zusammenbrechenden und nicht auf die kräftigeren Schultern der Besitzenden legen.

Es ist übrigens merkwürdig, wie richtig die national-liberalen „Münchener Neuesten Nachrichten“ die italienische Steuerpolitik beurtheilen, und doch dabei vor Herrn Miquel's Projekten gar keine Furcht haben. —

**Die Sparsamkeit am unrechten Orte** stellt sich bei finanziellen Verlegenheiten aller Regierungen ein, so auch in Italien. Es wird nämlich aus Rom telegraphirt:

Der Ministerrath hat beschlossen, alle Beförderungen im Beamtenstande, sowie die Aufnahme neuer Beamten vorläufig einzustellen.

Die Zivilliste und die Ministergehälter bleiben aber natürlich ungeschmälert. —

**Woh uns, wir haben gefiegt!** können die Italiener ausruhen beim Eintreffen der Siegesdepeschen aus Afrika. Erstens ist der „Sieg“ an sich sehr problematischer Natur; nur durch einen glücklichen Zufall wurden die Italiener vor der Vernichtung durch die Araber (die „Mahdisten“) bewahrt. Und zweitens stehen die Araber, trotz des „Sieges“, mitten im „italienischen Gebiet“, d. h. mitten in dem Gebiet, welches die Italiener den Arabern gestohlen haben. Unzweifelhaft werden die Araber weiter vorzudringen suchen, und Herr Crispi, der schon ein Defizit von 50 Millionen hat, wird sich auf eins von etlichen hundert Millionen vorzubereiten haben. —

**Ministerkrisis in Serbien.** Aus Belgrad wird telegraphirt:

Wie verlautet, hat der Minister des Innern demissionirt und der Polizeipräsident von Belgrad seine Entlassung erbalten. Diese Angelegenheit hängt mit einem gestern gefaßten Beschluß des radikalen Klubs zusammen, welcher dem Minister und dem Präfekten in erster Reihe das Mißtrauen der Partei ausdrückte.

Die Ursache der Ministerkrisis scheint in den eigenthümlichen Kandidatenverhältnissen bei der Belgrader letzten Nachwahl zur Skuptschina zu liegen; es standen sich nämlich zwei radikale Kandidaten gegenüber, von denen der eine von der radikalen Parteileitung, der andere vom radikalen Ministerium unterstützt wurde. —

**Volkswaffenung in Serbien.** Eine der vom österreichischen auswärtigen Amte inspirirten „Politischen Korrespondenz“ zugegangene Zuschrift aus Serbien führt aus, der in der Skuptschina eingebrachte Antrag betreffend die Vertheilung der Nützen mit arabischen Waffen sei geeignet, erste Besorgnisse hervorzurufen. Etwas Aehnliches sei in keinem europäischen Staate gebräuchlich, sachliche Gründe ließen sich zu gunsten des Antrages nicht anführen, wohl aber seien die Bedenken, welche dagegen vom Standpunkte der allgemeinen Sicherheit und des Staatswohls erhoben werden müßten, schwerwiegend. Bei der Annahme dieses Antrages wären Verwickelungen fast unausbleiblich.

Es ist vor allem nicht richtig, daß in keinem europäischen Staate etwas Aehnliches gebräuchlich ist, denn in der Schweiz, wo das Militärsystem wie in Serbien besteht, existirt dieselbe Einrichtung. Auch Verwickelungen scheinen uns nicht zu befürchten zu sein, denn die Regierung eines bewaffneten Volkes wird sich wohlweislich hüten, gegen den Willen des Volkes zu handeln, so daß gerade die Bewaffnung des Volkes zur besten Garantie gegen Verwickelungen wird. —

Auch Russland hat seine Ministerkrisis. Der Justizminister beabsichtigt, zurückzutreten. —

### Briefkasten der Redaktion.

Höht, Srsto Canada. Senden Sie den Betrag in Papier ein.

G. O. Brangelstraße. Herr Singer ist in seiner Wohnung Lindenstr. 44 part. Vermittlung bis 10 Uhr zu sprechen.

A. B. 65. Zu 1: Rein. Erst nach dem Tode Ihres Großvaters steht Ihnen an dessen Nachlaß zum Mindesten ein Pflichttheil zu. Zu 2: Rein. Ein solches Testament wäre ein Erfolg ansichtslos. Zu 3: Ja. Den Antheil Ihres verstorbenen Vaters.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

### Theater.

Freitag, den 29. Dezember.  
**Opernhaus.** Cavalleria rusticana (Bauern-Oper). Bar und Zimmermann.  
**Schauspielhaus.** Faust.  
**Deutsches Theater.** Der Herr Senator.  
**Berliner Theater.** Sean.  
**Leistung-Theater.** Ein Millionär a. D. Der ungläubige Thomas.  
**Friedrich-Wilhelms-Theater.** Der Leutnant zur See.  
**Residenz-Theater.** Der Mustergatte.  
**Neues Theater.** Sappho.  
**Central-Theater.** Die eiserne Jungfrau. Berlin 1893.  
**Adolph Ernst-Theater.** Charley's Tante. Vorher: Die Bajazi.  
**Viktoria-Theater.** Die Kinder des Kapitäns Grant.  
**Alexanderplatz Theater.** Die lustigen Weiber von Berlin.  
**National-Theater.** Der Teufel in Berlin.  
**Theater Unter den Linden.** Die Kosatin.  
**American-Theater.** Die Gründung Roms in der Mörkersstraße, oder: Die Rache des Cäsars.  
**Wintergarten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Heidolph-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

**National-Theater.**  
 Große Frankfurterstraße 182.  
 Sensationelles Novität!  
**Der Teufel in Berlin.**  
 Verlebte Pötte mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen von Eugen Brudens. Musik von Adolph Biedede. Regie: Max Samst. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Central-Theater.**  
 Alte Jakobstraße 80.  
 Zum 47. Male:  
**Die eiserne Jungfrau.**  
 Hierauf zum 6. Male:  
**„Berlin 1893“.**  
 Revue in 2 Akten von Dr. Leipziger Musik von Alexander Kreutzer. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Anfang der Revue 9 1/4 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Adolph Ernst-Theater.**  
**Charley's Tante.**  
 Schwan in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher:  
**Die Bajazi.**  
 Parodistische Pötte mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson. Musik von Franz Roth. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**American-Theater.**  
 Heute zum 73. Male:  
**Die Gründung Roms**  
 in der Mörkersstraße.  
 !! Auf vielseitigen Wunsch !!  
**Die Trockenwohner**  
 oder: Das Kind in der Kommode.  
 !! Neue Aufführung !!  
 !! Nur 10 Vorstellungen !!  
**Anstr. jänmtl. Spezialitäten.**  
 Anfangs Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.

**Alcazar.**  
 Dronenderstr. 52/53 (City-Passage).  
**Großer Erfolg**  
 des gesammten neuen Progr.  
 Die reizende Luiffee Erolina.  
 Mr. Bollini, Marg. Braun, Die Crinolin-Fantasten.  
 Anfangs Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntags (Sylvester): Grosser Neujahrs-Scherz. R. Winkler.

**Castan's Panopticum.**  
**Weihnachts-Ausstellung**  
**„Es war einmal!“**  
 Ein Märchen-Cyclus.

**Etablissement Buggenhagen.**  
 Täglich: Gr. Instrumental-Konzert.  
 Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.  
 Spezial-Küche von Paterhofer Lagerbier, hell und dunkel.  
 An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten etc.

**Kaufmann's Variété**  
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.  
 Täglich:  
**Spezialitäten-Vorstellung und Konzert.**  
 Heu! Heu! Heu!  
**Ein Stiergefecht in Cadix.**  
 Große Ausstattungs-Parodie. Pantomime mit Ballet, angef. von den spanischen Clowns Hermandos Beiso und sämtlichem Theater-Personal.  
 Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Anfang der Pantomime 9 Uhr.

**Pränscher's Museum.**  
 Tausende von anatomischen Präparaten.  
 Schnitzkanal durch fünf Körper.  
**Gladiatoren-Rampf.**  
 Wunder d. Ceroplastik u. Mechanik.  
 Täglich von 9 früh bis 10 Abends für erwachsene Herren.  
 Dienstag und Freitag: Damentag.

**Passage-Panopticum.**  
 Ein Weihnachts-Märchen  
 von Dr. Jul. Lohmeyer. Musik von Th. Krause.

**Circus Renz.**  
 (Karlstraße.)  
 Freitag, den 29. Dezember cr., Abends 7 1/4 Uhr:

**Ein Künstlerfest.**  
 Vollständig neue und glänzende Ausstattung. Ueberraschende Wasser- und Lichteffekte.  
 Außerdem: Mikado und der Steiger Solon, ger. von Frau Renz-Stark, das Feuerfest Elimar, vorgef. von Fel. Oceana Renz; Kandelaber, ger. von Herrn Ernst Renz; der kleinste mußt Clown der Welt Franz Krüger; der urkom. Imitator-Clown Mr. Ybbs; Mr. Lavater Leo etc.  
 Preise der Plätze wie gewöhnlich. Sonnabend: Ein Künstlerfest. Sonntag: Nur eine Vorstellung, Abends 6 Uhr.  
 Fr. Renz, Direktor.

**Circus G. Schumann.**  
 Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse.  
 Freitag, den 29. Dezember, Abends 7 1/2 Uhr:

**Gr. Brillant-Vorstellung.**  
 Besonders hervorzuheben:  
 Zum 1. Male: Schul-Quadrille, geritten vom Direktor mit sein. Kindern Adele, Max und Adolf. Baloude americain, Salto- und Doppel-Salto-mortale über eine Anzahl Pferde. Mr. Emil Aquimoff, Pasforce-Reiter. Potpourri mit 6 Pferden, Original-Treffur des Herrn Max Schumann, und die 4 Sonnenstrahlen nach der Russl.  
**Ta-ra-ta-boom-de-ay.**  
 Mr. Lecousson als Jockey. Concurrenz zwischen 3 englischen Springpferden, geritten von D. Herren Ad. Schumann, Aquimoff und Ackermann. Schulpferd „Nelusco“, geritten v. Fr. Lecousson. Luft-Potpourri der Gesehw. Lecousson. Zum Schluss:  
**Cancan vor Gericht.**  
 Ballet-Parodie in 2 Acten.  
 1. Act: Ein Maskenball im Bal mabile. 2. Act: Vor Gericht.  
 Serpentinanz von 4 Damen.  
 Morgen: Große Vorstellung. Sonntag (Sylvester): Zwei Vorstellungen, Nachmittags 4 Uhr: Rübzahl (1 Kind frei). Abends 7 1/2 Uhr Cancan vor Gericht.  
 Hochachtungsvoll und ergebenst G. Schumann, Direktor.

**W. Noack's**  
 Concert- und Gesellschafts-Säle,  
 Brunnenstrasse No. 16.  
 Täglich:  
**Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Jeden Sonntag und Donnerstag Nach der Tanz-Kränzchen.  
 Avis! Empfehle meine hochgelegenen Säle mit elektr. Beleucht. f. Vereins und Privatfestlichkeiten zu den konstant. Bed.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein braves Weib  
**Hedwig Ollmann**  
 geb. Knauer  
 am 27. 12. 1893 ihrem langen Leiden erlegen ist. — Die Beerdigung findet Sonnabend Nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause Gerichtstr. 19 aus nach dem St. Hedwigskirchhofe, Tiefenstr., statt. Um stille Theilnahme bittet  
 Oskar Ollmann.

**Danksagung.**  
 Allen denen, die meinem dahingegangenen Manne  
**Jeremias Nispel**  
 die letzte Ehre erwiesen haben, sage ich hierdurch herzlichen Dank. 1018b  
 Die trauernde Wittwe Rosa Nispel.

**Neue freie Volksbühne.**  
**„Jugend“** von Max Halbe.  
 III. Abthl.: Sonntag, 31. Dez., 2 Uhr. Montag, 8. Januar, 8 Uhr, 90 Pf.: **Kammermusik-Abend** in Buggenhagen's Konzert-Saal.

**Gratweil'sche Bierhallen**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Welt. u. größt. Etablissement Berl.  
 Neues Programm.  
**National-Konzert**  
**D. Obenlander**  
 in National-Tracht und Auftreten von  
**Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges.**  
 Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pfennig.  
**Anerkannt gute Küche.**  
**Säle**  
 für Festlichkeiten u. Versammlungen. 3 Regeldampfen, 6 Bill., pr. Ent. 60 Pf. Spieler zahlen kein Entree.  
 Carl Koch.

**„Sanssouci“**,  
 Kottbuserstr. 4a.  
 Sonntag, den 31. Dezember:  
**Große Sylvester-Alt-Soiree**  
 der **Stettiner Sänger,**  
 verbunden mit **Militär-Konzert**  
 der 24 Mann starken Kapelle des Herrn **Lehmann.**  
 Anfang 8 1/2. 12. 1893. Nachmitt. 6 Uhr. Ende 1. 1. 1894 früh 6 Uhr.

**Tanz-Kränzchen.**  
**Großes Alt-Programm!**  
 u. u.:  
**„Prost Neujahr!“**  
 Ensemble von Wenzel.  
**Am 1. Januar 1894.**  
 Eine Sylvester-Parade.  
 Entree 50 Pf. Reservirt 1 Mark.  
 Montag, den 1. Januar 1894: Neujahrst-Soiree in Sanssouci.  
 Dienstag, den 2. Januar: Soiree im Böhmisches Brauhaus.

**Orts-Krankenkasse der Radler und Siebmacher.**  
**Ausserordentliche General-Versammlung**  
 Sonntag, den 7. Januar 1894, Vormittags präz. 10 Uhr, in **Wollschläger's Restaurant,** Blumenstr. 78.  
 Tagesordnung:  
 1. Beschlusfassung über eine Erweiterung der Fürsorge für geschlechtlich erkrankte Kassemmitglieder, beziehungsweise diesbezügliche Abänderung des Statuts. 2. Vorschläge über das Mahnverfahren bezw. Festsetzung der Mahngebühren (§ 55, Abs. 3 des Gesetzes vom 10. April 1892). 3. Verschiedene Kassemangelegenheiten.  
 1022b Der Vorstand.

**Orts-Krankenkasse der Steindrucker u. Lithographen zu Berlin.**  
 1022b Am 26. d. M. verstarb unser Mitglied, der Lithograph **Herr Richard Köhn.**  
 Die Beerdigung findet statt am 29. d. M., Nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Reinickendorfer Kirchhofes aus. Um zahlreiche Theilnahme bittet  
 Der Vorstand.

**Achtung, Maurer!**  
 Sonntag, den 31. Dezember, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale „Königshof“, Bülowstr. 37:  
**Mitglieder-Versammlung des Zentralverb. deutscher Maurer**  
 (Zahlstelle Berlin II).  
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Sassenbach. 2. Diskussion. 3. Statutenberathung. 4. Gewerkschaftliches.  
 Zu dieser Versammlung sind die Mitglieder dringend eingeladen.  
 Die örtliche Verwaltung.

Die illustrierte sozialistisch-humoristisch-satirische  
**„Sylvester-Zeitung“**  
 ist erschienen. Dieselbe enthält: Seite 1: Titelbild mit Gedicht. Seite 2: Zum Neuen Jahr (Gedicht) und Sylvesterrevue. Seite 3: Prophezeiungen auf das Jahr 1894 und das Lied von zwei braven Männern. Seite 4: Nach Einführung der Tabaksteuer im Zululande. Erlaß des Justizministers an die Gerichte. Johanne? Märchen, und Die russische Marcellaise. Seite 5: Gruppenbild der jetzigen sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion, und Was 1893 uns brachte. Seite 6: Schlummerlied für ruhige Bürger, und Wie es gekommen ist. Seite 7: Wie das Volk spricht, und Illustration mit Gedicht. Seite 8: Stammbuchverse für verschiedene Parteien, Sylvesterlater mit Text, und satirische Annoncen.  
**Buchhändler, Kolporteurs und Vereine erh. sehr hohen Rabatt.**  
 Bestellungen nehmen alle größeren Buchhandlungen, die Buchhandlung des „Vorwärts“ und der Herausgeber der  
**„Sylvester-Zeitung“**  
 F. Wilke, Berlin O., Andrastraße 26, entgegen.

**Sozialistische Neujahrskarten.**  
 Empfehle in grosser Auswahl und sinnreicher Ausführung meine seit drei Jahren eingeführten **sozialistischen Glückwunsch-Karten** mit den Bildnissen unserer verstorbenen Vorkämpfer, nicht zu verwechseln mit den von anderer Seite auf den Markt gebrachten minderwertigen Karten, wodurch, entgegen unseren Grundfäden, meist die lebenden Führer verherlicht werden. **Wiederverkäufern hoher Rabatt.** 55882\*  
**Th. Mayhofer Nachf.,**  
 Sozialdemokratische Buchhandlung, Berlin N., Weinbergsweg 15b.

Als Bandagist empfiehlt sich zur Anfertigung von Bruchbändern, Suspensorien, Leibbinden, Apparaten für Fuß- und Rückgratverkrümmung, Grabehältern, künstl. Gliedmaßen als Arme, Beine etc. unter Garantie zu billigen Preisen. 4549L\*  
**Aug. Reiche,** Lieferant für Orth- und Gips-Krankentassen, Soydelstr. 15.

Welche Weinhandl. ist in Stande e. Erfolg wie nachstehend aufzuweisen!  
 Seit 1876: 42 Centralgeschäfte (wovon 22 in Berlin) und über 900 Filialen (wovon ca. 300 in Berlin) in Deutschland beweisen am besten die Beliebtheit meiner Weine, deren regelmäßiger Genuss den Körper gegen jede epidemische oder sonstige Krankheit schützt, und entbinden mich jeder weiteren Reklame!  
**OSWALD NIER'S**  
 Reine ungegypste **WEINE.**  
 von Mark 1.— pro 1/3 Liter an.  
 Ausführlicher Preis-Courant gratis und franco.  
 Central-Geschäfte in: Braunschweig, Breslau, Cassel, Danzig, Dresden, Halle a. S., Hannover, Königsberg i. Pr., Leipzig, Magdeburg, Posen, Potsdam, Rostock, Stettin.

**Metzner's Korbwaren-Fabrik,**  
 Berlin, Andrastr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andraaplatz  
**Kinderwagen,**  
 größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. **500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

**Strohputzwerk,** alle Stärken und Farben vorräthig. 59819  
**Katich u. Richter,** Wallstr. 13.

**Neujahrskarten**  
 nur für Händler und Wiederverkäufer. Spezialität: **Sozialdemokratische Glückwunsch-Karten.** 59572\*  
**C. Schipke & Co.,**  
 Berlin S., Plan-Ufer 96, 1 Et., an der Kottbuser Brücke.

**Rechtsbureau** des königlichen Anwaltsrichters A. Alte-Jakobstr. 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich. Auch Sonntags. 49228\*

1020b **Bücher-Ankauf**  
 Meyer's u. Brochhaus Lexika, Brehm's Thierleben und andere Werke laßt **Antiquariat Kochstraße Nr. 56 I.**

Allen Freunden und Genossen empfehle bei Kirchhoff's Besuchen mein Lokal in **Weissenfer, Kölnstr. 17.** Ecke Charlottenburgerstraße.  
 1022b E. Klebs.

**Franz Beyer,**  
 Weinhandlung u. Liqueurfabrik,  
 Chausseest. 103  
 empfiehlt  
**Ungarwein, Bordeaux, Rhein- und Moselwein,** sowie **Cognac, Rum's, Punsch-Essenzen, Glühwein- und Grog-Essenz,** das Liter zu 1,50 M. erll. Flasche, in Champagner-Fl. inkl. Ft. 1,50 M.

**Bahn-Arzt Rob. Wolf,**  
 jetzt Leipzigerstraße 22.  
 919b Spr. 8-7 Uhr.

**Neujahrspfeifen** für Kellner und Wiederverkäufer billigst, Brunnenstr. 4.  
**Ehrenerklaerung.** 10295  
 Die Beleidigung gegen den G. Kling nehme ich hiermit zurück, M. Schütz.

Altes, seit 7 Jahren best. Materialm., Rehl- u. Vorlosgesch. sofort zu verk. Weberstr. 27, im Laden prt. 10825

Schlafstelle für Herrn Alte Jakobstr. 60, 2 Tr. bei W. Westphal.  
 Möbl. Schlafz. an 1 Herrn zu verm. Langestr. 82-83, v. 3 Tr. I. 10276

Möblirtes Zimmer zu vermieten Wäckerstr. 54, 3 Tr. I. 1028b

Möbl. Schlafz. f. Herrn Manteuffelstr. 99, bei Budack, II. Eingang, v. 3 Tr. 1026b

2 Genossen f. frdl. Schlafz. Eisenbahnstr. 17, v. 3 Tr. bei P. Siegner.  
 Frdl. Schlafz. für Herrn zu verm. Rannstr. 92, 3 Tr. bei Michael.

**Arbeitsmarkt.**  
 Wer kann mir Arbeit nachweisen? A. Marks, Zimmerer, Kruppstr. 5, IV.  
 Versilberer auf Leisten werden verl. Rübendörferstr. 9. 1081b  
 Bergolberlehr. v. Rübendörferstr. 9.



## Fälscher und Lügner.

Paris, den 25. Dezember.

Es scheint, als ob dieses dem Arbeitsminister in öffentlicher Sitzung in's Gesicht geschleuderte Wort den Antisozialisten noch immer keine genügende Warnung sei, sich in ihrem Kampfe gegen die Sozialisten andere Waffen als der Lüge und Fälschung zu bedienen. Freilich ist dies anders schwer möglich und ohne Verdrehungen geht es schon gar nicht ab. Doch ist dies in bezug auf das Inland immerhin eine heikle Sache, da es doch auch für einen Vollblutbourgeois nicht angenehm sein kann, sich öffentlich als Fälscher und Lügner brandmarken lassen zu müssen. In bezug auf das Ausland liegt aber diese Gefahr schon weniger nahe oder sie erscheint den Herren Fälschern zu bedeutungslos, als daß sie sich dadurch abhalten lassen sollten, ihrem Verleumdungstrieb zu folgen, dem sie sich besonders dann recht willig überlassen, wenn es sich um die deutschen Sozialisten handelt. Eines ihrer beliebtesten und am häufigsten wiederkehrenden Fälschungsmittel ist es, sie als Wortspatrioten hinzustellen, die sich nur den Anschein geben, als wären sie international gesinnt, um desto leichter die Arbeiter der übrigen Länder, namentlich Frankreichs, irreleiten und für die Machtstellung Deutschlands auszunutzen zu können. In der Presse — und die deutsche Bourgeoispreffe beobachtet dasselbe Verfahren gegenüber den französischen Sozialisten — wird diese Kunst in der unverfrorensten Weise geübt, wie dies der „Temps“ erst in seiner vorgestrigen Nummer dokumentierte. In einem Artikel, zu welchem das Wortum der sozialistischen Reichstags-Fraktion für den rumänischen Handelsvertrag als Vorwurf dient, sagt nämlich dieses offizielle Organ der Bourgeoisie und offizielle der Regierung:

„Der deutsche Sozialismus mag noch so sehr internationale Tendenzen oder Formeln zur Schau tragen, er ist vor allem germanisch und vergißt dies niemals. Er hat einen Klassenpatriotismus, der ihn abseits und seines Zufahrtsweges über alle anderen stellt. Die Liebknecht und Bebel ermangeln nie eine Gelegenheit, wenn sie, sei es gegen Osten oder gegen Westen blicken, zu erklären, daß sie die ersten sein werden, gegen die neuen oder alten Feinde der deutschen Familie oder des deutschen Volkes zu marschieren und zu kämpfen. Sie singen lauter als alle anderen: „Deutschland über alles“. Sie treiben die französischen Sozialisten, die ihre folgamen Schüler geworden sind, recht an, alles in Frankreich zu desorganisieren, denn diese beständige revolutionäre Agitation, dieser feige Kosmopolitismus hat zum Endzweck, die französische Masse in gleichem Verhältnis zu schwächen und die deutsche Hegemonie in Europa zu sichern. Aber sie hüten sich wohl, an dieselbe Desorganisation in Deutschland zu arbeiten, denn sie wollen es stark und blühend erhalten. Darum sollten unsere sozialistischen Abgeordneten es sich recht überlegen, wenn sie mit ihnen Brüderlichkeit machen. Als Gesoppe ihrer internationalen Theorien zu erscheinen, laufen sie Gefahr, sich zu Mischkuldigen ihres sehr praktischen Germanismus zu machen.“

Und all dies, weil die sozialistische Reichstagsfraktion nicht gegen ihre eigene Meinung, nicht gegen das Interesse der Arbeiterklasse für das Junkertum, das Agrarierthum stimmte! Doch wozu ein Kommentar? Es genügt, diese Zusammenstellungen und Fälscher und Lügner darunter zu schreiben.

Ein anderes Fälscherstückchen trieb sich „Paris“, dessen Spalten seit einiger Zeit eine Ablagerungsstätte politischer Unrathe bilden. Es ist dies dasselbe Blatt, das erst jüngst durch einen Spezialpolitisten, den es als seinen Berliner Spezialkorrespondenten bezeichnet, unsere Freunde Eduard Bailant und Jules Guesde als ebenso erbärmlich hinstellen ließ, als es sicherlich dieser Lump von einem „Spezialkorrespondenten“ ist. Das selbe Individuum will nun „mit einem der Führer der deutschen sozialistischen Partei, welcher Reichstags-Abgeordneter und eines der hervorragendsten Mitglieder des Zentralkomitees ist“, eine Unterredung gehabt haben, bei der sich dieser um so freier ausdrückte, als er nicht wußte, daß seine Erklärungen veröffentlicht werden würden. Und so erfährt er denn, daß die sozialdemokratische Partei noch nie eine so fürchterliche Strafe durchgemacht habe, als die, in der sie sich jetzt infolge der anarchistischen Attentate befinde. Aber wie der Ausbreitung des Anarchismus entgegenwirken, da viele „mit einem Fuß bei uns, mit dem anderen in der Anarchie stecken“. Und diese Leute müßten sie schon. Sie bilden unseren Schwanz, der Gift enthält, aber den es uns unmöglich ist abzuschneiden.“ Und erst die internationalen politischen Maßnahmen! Durch diese würden ihre Verbindungen bedeutend erschwert. Ihre im Ausland befindlichen Berichterstatter und ständigen Delegirten, die zu ihren unternehmendsten Leuten zählen und nur dahin gingen, „um sich, sei es einer Verurtheilung, sei es einer Verhaftung zu entziehen“, werden nun eine strenge Ueberwachung erleiden, alle möglichen Unannehmlichkeiten haben und schließlich ausgewiesen werden. Solcherart würde der Internationalismus einen argen Stoß erleiden. „Man ist es aber der Internationalismus allein, der uns Kräfte, hauptsächlich finanzielle Mittel gibt, da es zwischen den Komitees aller Länder einen fortwährenden Austausch von Korrespondenzen und Geldsubskriptionen giebt.“ Man werde nun zu kämpfen, zu organisieren und Vorsichtsmaßnahmen zu treffen haben. Eine Ausmusterung sei geboten, die durch die Verwegenheit ihrer Gedanken am meisten Vorgesetzten müßten ausgeschlossen werden. Die Partei werde numerisch stark geschwächt werden. Man werde sich rechts und links von ihr abenden. Kurz, der Anarchismus mache ihr großen Schaden, die ganze Zukunft drohe ihr zu entgehen. „Wir haben nur eine Hoffnung: daß sich kein Attentat von der Art derjenigen von Barcelona und Paris einstellen. Im entgegengekehrten Falle würden wir sehr kompromittirt sein.“

Damit schließt die „Spezialkorrespondenz“, deren letzte Zeile allein schon den ganzen Vordrill verräth. Daß die Unterredung von A bis Z erlogen ist, das erkennt jeder Genosse, auch wenn er im Auslande lebt, gleich auf den ersten Blick. Und indem wir diese Polizeiwache hier festnageln, bedauern wir nur, den Spezialklumpen nicht mit annageln zu können.

## Chronik der wichtigsten politischen und Partei-Ereignisse im Jahre 1893.

- Januar.
1. Das Krankenversicherungs-Gesetz für die Handels-Angestellten und verwandten Berufsgruppen tritt in Kraft. Der zehnjährige Normal-Arbeitsstag für Frauen tritt in Kraft.
  2. 24 000 Bergarbeiter im Saar-Revier streiken.
  3. Floquet's Beteiligungs am Panamaskandal wird bekannt.
  4. Nothstands-Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.
  5. General Guesde verbietet den Beamten im Königreiche Polen, mit den Parteien polnisch zu sprechen.

- 6.—8. Konferenz der österreichischen Landesorganisationen. Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie.
6. Bergarbeiterstreik im Dortmunder Revier.
7. Sitzung des preussischen Staatsministeriums über den Bergarbeiterstreik.
7. Wahlen zum „Volks-Reichstag“ in Schweden. sämmtliche (14) Sozialisten, darunter zwei Frauen, wurden gewählt.
7. Freiherr v. Soden, der Gouverneur von Ost-Afrika, muß zurücktreten.
8. In Cormaux wird Genosse Jaurès in die französische Deputirtenkammer gewählt.
9. Die preussische Wahlreform-Vorlage wird bekannt. Der frühere französische Minister Baihaut wird wegen Beteiligungs am Panama-Scandal verhaftet.
10. Zulammentritt des Deutschen Reichstages, des preussischen Abgeordnetenhauses und der französischen Kammer. Beginn des Panamaprozesses in Paris.
10. Rücktritt Floquet's vom Kommerzpräsidium, Sturz des Kriegsministers Freycinet und Demission des Ministeriums Ribot infolge der Panama-Enthüllungen.
11. Ciffel wird nachgewiesen, daß er viele Millionen Panamagelder an sich gebracht hat.
12. Verhandlung der Braunkohle-Vorlage im Reichstage, Rede Grillenberger's zu derselben.
12. Verhandlung des Volksschul-Gesetzentwurfes im preussischen Landtage.
12. Gründung einer sozialistischen Agitationsliga.
12. Bei der Stadtverordnetenwahl in Schlotheim in Thüringen siegen die Sozialdemokraten.
13. Im Reichstage wird von Liebknecht die Nothstands-Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion begründet.
- 13.—16. Der Kongreß der sozialistischen Gemeinden Frankreichs in St. Denis.
13. Verathung des Wahlgesetz-Entwurfes im preussischen Landtage.
13. Die Dresdener Polizei verbietet die Aufnahme einer Arbeitslosen-Statistik.
13. Englischer Arbeiterkongreß zu Bradford. Gründung einer unabhängigen Arbeiterpartei.
14. Vier große Versammlungen der Arbeitslosen Berlin. Ende der Zukunftsstaats-Debatten.
14. Große Protestversammlung der Pariser Sozialisten gegen die Panamaskandale und Einigung der sozialistischen Fraktionen.
14. Revolution auf Hawaii, Entthronung der Königin.
15. Die Korrespondenten ausländischer Zeitungen werden aus Paris ausgewiesen.
15. Die englische Bergarbeiter-Konferenz spricht sich für die Einführung des Achtstundentages aus.
15. Sozialistischer Sieg bei den Gewerbegerichtswahlen in Milwaukee i. U.S.
16. Erste Verathung der Braunkohle-Vorlage im Reichstage.
16. Hawaii will sich von den Vereinigten Staaten anektiren lassen.
17. Der Ausschuß der Berliner Stadtverordneten-Versammlung lehnt den Antrag Singer auf Herabsetzung der Arbeitszeit in städtischen Betrieben ab.
17. Die Kölner Stadtverordneten lehnen es ab, den Gärzengisaal für eine Versammlung der Arbeitslosen herzugeben.
17. Der Bergarbeiterstreik im Saarrevier für beendet erklärt. Konflikt Englands mit dem Khedive von Egypten.
17. Nayer, früherer Präsident der Vereinigten Staaten, gestorben.
17. Revolution auf Haiti.
18. Der Reichstag stimmt den Anträgen der Konservativen und des Zentrums über das Innungswesen und den Befähigungsnachweis bei. Die Reichsregierung verhält sich ablehnend.
18. Die Wahl Möller's in Dortmund wird von der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages für ungültig erklärt.
18. Der Glasarbeiterstreik im Hergelgebirge zu Ungunsten der Arbeiter entschieden.
19. Aus Sachsen werden zahlreiche Todesfälle wegen Erfrictens gemeldet.
19. Der schweizerische Bundesrath erklärt den Eintritt in eine politische Körperschaft nicht abhängig von der Leistung eines Eides.
19. Große Arbeitslosen-Demonstration in Amsterdam.
19. In Rom finden Verhaftungen hochangesehener Personen wegen der Panamaskandale statt.
19. Gründung eines Arbeitsdepartements in England.
20. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung lehnt den sozialdemokratischen Antrag auf Einderung der Arbeitslosigkeit ab; Oberbürgermeister Jelle nahm wegen Theilnahme an einem Hoffeste an der Verathung nicht theil.
20. Antrag der polnischen Partei im Reichstage auf Einführung ländlicher Gewerbegerichte.
20. Der Aufstand in Haiti brennt.
21. Hundertjähriger Geburtstag der Hinrichtung Ludwig XVI.
23. Große Arbeitslosenversammlung in Leipzig.
23. Urtheil im Welfenprozesse zu Hannover, 16 von 65 Angeklagten werden wegen Vergehen gegen das Vereinsgesetz verurtheilt.
24. Der Reichstag tritt in die Verathung des Wuchergesetzes ein.
24. Sozialistischer Sieg bei den Stadtverordnetenwahlen in Braunschweig.
25. Vier Arbeitslosen-Versammlungen in Berlin.
25. Der Reichstag nimmt die lex Minteln an, wodurch die Immunität der Abgeordneten eingeschränkt wird.
26. Dem italienischen Parlament verspricht der Ministerpräsident Giolitti strenge Untersuchung der Panamaskandale.
27. Blaine, der frühere Minister des Auswärtigen der Vereinigten Staaten gestorben.
28. Gladstone läßt den 1883 zum Tode verurtheilten und begnadigten Gaa ganz begnadigen.
29. Volksabstimmung über die Proportionalwahl in St. Gallen.
29. Bei den Gewerbegerichtswahlen in Küstrin siegen die Sozialdemokraten.
30. Universitätskravalle in Italien.
31. Eröffnung des englischen Parlamentes.
31. Arbeitslosen-Demonstration in London.
31. Der Brüsseler Gemeinderath votirt 20 000 Franz für die Arbeitslosen.
27. Schluß der internationalen ergebnislos verlaufenen Münzkongferenz zu Brüssel.
28. Ende der Generaldiskussion in der Militärkommission des Reichstages.
31. Furchtbares Erdbeben auf der Insel Jante, fast vollständige Verheerung der Insel.

- Februar.
1. Explosion in der Zeche Blumenthal bei Essen a. d. Ruhr, bei der 17 Arbeiter getödtet und 18 schwer verwundet wurden.
  1. Großer Streik in der ungarischen Waffensabrik (Övö) in Budapest.

- 2.—8. Zukunftsstaats-Debatten im Deutschen Reichstage.
2. Köpferstreik in Spandau.
3. Hochwasser im Rheinland und Ruhrgebiet.
3. Neues Erdbeben auf Jante, 26 000 Menschen obdachlos.
3. Debatten über die Banklandale im italienischen Parlamente.
5. Enthüllungen über die Wahlkorruption der württembergischen Regierung bei den Wahlen.
6. Landeskonferenz der nordböhmischen Sozialdemokratie.
6. Der Reichs-Sachen-Gesetzentwurf wird veröffentlicht.
7. Das parlamentarische Komitee der englischen Gewerkschaften verzichtet zu gunsten des internationalen Kongresses in Zürich auf die Einberufung eines Kongresses nach London.
7. Frauengel kandidirt in Olype-Meschede gegen den offiziellen Zentrumskandidaten für den Reichstag.
9. Ferdinand und Charles von Lesseps zu 5, Baron Gattu und Ciffel zu 2 Jahren Gefängniß wegen der Panamaskandale verurtheilt.
10. Debatten über die Sonntagruhe im Reichstage.
10. Die Chemnitzer Stadtverordneten beschließen Nothstandsarbeiten.
13. Großer Sozialistenprozeß in Gent.
13. Streik im Brünzer Kohlenrevier.
13. Beginn der Debatten über Home-Rule im englischen Unterhause.
13. Entbedung großer Unterschleife bei den portugiesischen Eisenbahnen.
15. Zweiter Kongreß der französischen Arbeitsbörsen.
17. Massenverhaftung russischer Studenten in Berlin.
17. Reichstagsdebatten über das Alters- und Invaliditätsversicherungs-Gesetz.
19. Der „Vorwärts“ veröffentlicht die Liste Unterem Neuen Kurs für den Monat November. Mit 4 Jahren 2 Monaten 2 Tagen und 2435 M. Geldstrafe wurden die Agitationskosten bezahlt.
20. Großer Sieg der sozialdemokratischen Arbeiter Berlins bei den Gewerbegerichtswahlen.
20. Buchbinder-Verbandsstag in Frankfurt a. M.
20. In Lehrte (Braunschweig) wurde ein sozialdemokratischer Stadtverordneter gewählt.
20. Das portugiesische Kabinett demissionirt.
21. Telegraphenverbindung zwischen Deutschland und Kamerun hergestellt.
24. Reichstags-Debatte über die Arbeiterversicherung.
24. Die sozialdemokratische Fraktion bringt den Entwurf einer Sermanns-Ordnung im Reichstage ein.
24. In der Reichstags-Kommission für die lex Heinke wird der Antrag angenommen, daß bei ehrlösen, rohen und aus Bosheit begangenen Straftaten aus harte Lagerstatt und Wasser und Brot erlaubt werden kann, der Antrag, politische Vergehen auszuschließen, abgelehnt.
24. Jules Ferry zum Präsidenten des französischen Senats gewählt.
26. Volksabstimmung in Belgien betr. das Wahlsystem; der Antrag Janson, aktives allgemeines Wahlrecht mit vollendetem 21. Jahr, erhält die meisten Stimmen.
28. Großer Metallarbeiterstreik in Aixe de Bier.
28. Neue Panama-Enthüllungen Andrieux gegen Clemenceau.
28. Der Senat der Vereinigten Staaten ver sagt (indirekt) die Genehmigung zur Annexion Hawaii's.
28. Metropolit Clement infolge seiner unpatriotischen Haltung gegenüber dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien zwangsweise internirt.

## Parteinachrichten.

Die sozialdemokratische Parteikonferenz für den Wahlkreis Höchst-Domburg etc. fand am 24. Dezember in Höchstheim statt. Erschienen waren 25 Delegirte und 13 Vertrauensmänner. Dem Bericht des Kreis-Vertrauensmannes zufolge muß den Genossen des Kreises das Zeugniß ausgestellt werden, daß sie eifrig bemüht waren, das Jahrige zur Verbreitung unserer Ideen beizutragen. So wurden gegen die Militärvorlage im Kreise allein 100 000, bei der Reichstagswahl 120 000 Flugblätter verbreitet. In zwei Orten wurden im Laufe des Jahres neue Wahlvereine gegründet. Dem Kassenbericht entnehmen wir, daß die Ausgaben des Kreises, ungerechnet 2186,19 M., welche insgesammt für die letzte Reichstagswahl ausgegeben wurden, 1871,22 M. für Agitationszwecke betragen. Der Kassenbestand beträgt, ohne die Außenstände, 117,90 M. — Alle Delegirten hoben in ihrem Berichte hervor, daß die Wirthe, meist natürlich beeinflusst durch die Polizei, nur sehr schwer ihre Lokale zu Versammlungen hergeben. Zur Pandagation ist folgendes beschlossen.

In allen Ortschaften, wo Organisationen bestehen, sollen Agitations-Kommissionen gewählt werden, denen vom Kreis-Vertrauensmann verschiedene Ortschaften zugewiesen werden, die von den Kommissionen zu bearbeiten sind.

In bezug auf Wahlen von Delegirten zu Kongressen und Parteitag wurde folgendes bestimmt:

Bei allen im 1. nassauischen Wahlkreis stattfindenden Delegirtenwahlen, betreffend die Vertretung des Kreises auf irgend welchem sozialistischen Kongreß, soll folgender Wahlmodus eingeführt werden: Diejenigen Orte, welche bei der letzten Reichstagswahl am 15. Juni d. J. bis zu 200 Stimmen abgaben, entsenden einen Delegirten, bis zu 500 zwei und über 500 drei Delegirte zu einer eigens dazu anberaumten Parteikonferenz, worin die so von jedem Ort entsendeten Delegirten in engerer Wahl einen im Kreis thätigen Genossen bestimmen, welcher als Vertreter desselben einen bestimmten Kongreß besucht.

Nachdem noch die nötigen Kommissionen gewählt worden waren, schloß die Konferenz mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Bei den Gemeinderathswahlen in Satzungen brachten unsere Parteigenossen ihre zwei Kandidaten mit großer Majorität durch. Die Beteiligungs an der Wahl war eine sehr rege, denn es übten von 467 Wahlberechtigten 433 ihr Wahlrecht aus.

Auch im Rathhaus zu Nödelheim wird man nunmehr zwei Vertretern der Arbeiterpartei einen Platz einräumen müssen. Die Genossen Wächter und Kahl sind bei der letzten Wahl der dritten Abtheilung für die Stadtverordneten-Versammlung gewählt worden.

Genosse Fr. Klostermann, Stendal, Hobe Bude 9, fordert den Genossen Schneider Ernst Schulz aus Stendal auf, ihm seine Adresse bezüßig Zustellung wichtiger Angelegenheiten anzugeben. Dem Vermathen nach soll sich Schulz in Sachsen oder in Schlesien aufhalten.



Der Kongress der ungarischen Sozialdemokratie, der für Weihnachten nach Temesvár einberufen war, ist verboten worden; die Abhaltung desselben für den Dreißigtag hingegen wurde gestattet.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Dem Verdienste seine Krone. Der berühmte Polizeikommissar Virk aus Staffurt, bekannt aus dem dortigen Meißelprozess ist am 15. Dezember als Polizeiinspektor nach Mühlhausen in Thüringen versetzt worden.

Die acht Genossen aus Staffurt, von denen wir vor einiger Zeit meldeten, daß sie in Anklagezustand versetzt wurden, weil sie sich geweigert hatten, Statut und Mitgliederlisten des Arbeiterbildungsvereins der Polizei einzureichen, sind vom Amtsgericht Bernburg freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt worden. Das Gericht konnte die Ueberzeugung nicht gewinnen, daß in den Vereinsversammlungen Politik getrieben worden sei, wie die anklagende Polizeibehörde behauptet hatte.

Vier Genossen in Burgstädt (Sachsen) hatten den Redakteur des dortigen Amtsblattes wegen Beleidigung verklagt. Derselbe hatte in seinem Blättchen von den betreffenden vier Genossen mit voller Namensnennung behauptet, „am Wahltage Hunderte von Marx von den sozialdemokratischen Arbeitern erpressten Groschen in der sinnlosesten Weise vergeudet zu haben“; ferner „Anhänger einer sogenannten freien Liebe und eines Heerdenlebens“ zu sein u. dgl. m. Die Klage erstreckte sich auf vier Punkte. Der Gerichtshof fand den Angeklagten nur in einem Falle schuldig, und zwar wegen des Vorwurfs der Vergeudung von erpressten Arbeitergroschen. Er wurde daher für 20 M. Geldstrafe verurteilt. In den drei anderen Fällen hielt der Gerichtshof das Behauptete für erwiesen resp. als nicht beleidigend und sprach den Angeklagten frei. Den Beleidigten wurde noch die Befugnis zugesprochen, die Publikation des Urtheils auf Kosten des Verurteilten in der Volksstimme, sowie im Amtsblatt zu verfügen. — Gegen das freisprechende Urtheil bezüglich des Vorwurfs der Unterschlagung wird Berufung eingelegt werden. — Wenngleich wir für Pressefreiheit in weitestem Maße eintreten und am liebsten nichts — auch nicht als Kläger — mit den Gerichten zu thun haben, so darf es doch einem Parteigenossen, dessen Ehre in einer solch brutalen Weise verletzt ist, nicht verübelt werden, wenn er, um diese wieder herzustellen, ein anderer Weg zur Rechtfertigung ihm nicht bleibt, auch einmal dieselben Waffen gegen bürgerliche Redakteure anzuwenden, mit denen er so oft versetzt wird. Die recht milde Strafe von 20 M. für eine solch unflätige Beschimpfung muß uns außerdem zu recht eigenhändigen Gedanken bringen über das „Gleiche Recht für Alle“, wenn wir Vergleiche anstellen mit Verurtheilungen sozialdemokratischer Pressfunden.

### Lokales.

Dem Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis lag am dritten Weihnachtsfeiertage die schmerzliche Pflicht ob, einen braven Genossen zur letzten Ruhestätte zu geleiten, den am 24. Dezember an den Folgen der Proletarierkrankheit verstorbenen Arbeiter Paul Rebhuhn. Trotzdem die Kunde von dessen Ableben der Feiertage wegen nicht hätte öffentlich bekannt gegeben werden können, hatte sie sich doch von Mund zu Mund verbreitet, sodaß sich am dritten Weihnachtsfeiertage auf dem Friedhofe der Zion-Gemeinde in Neu-Weißensee eine stattliche Anzahl von Genossen und Genossinnen eingefunden hatte, um dem Dahingegangenen das letzte Geleit zu geben. Der vom 6. Wahlverein gestiftete prächtige Kranz mit großer Schleife wurde vom Vorsitzenden Kiesel persönlich auf dem Grabe niedergelegt. Rebhuhn war ein eifriger Förderer der Sache des Proletariats, ein braver, treuer Genosse, ein unermüdlicher Kämpfer für Freiheit und Recht, dessen Wirken und Streben nur zu sehr ein Ziel gesetzt worden ist. Wenn auch tot, wird er doch Allen, die ihn näher kannten, in lebendiger Erinnerung bleiben.

Aufgepaßt, die Mucker gehen um! Alljährlich um die Neujahrszeit tauchen wiederliche Gestalten in den Straßen auf. Geilen Blickes stellen sie sich vor alle Läden, in denen Neujahrskarten ausgestellt sind und beschäufeln jedes einzelne Bild, jeden Vers, um irgend eine Unzulässigkeit darin zu ergattern. Ist so einem Bütling ein Frang gelungen und hat er eine Gratulationskarte erbeutet, die nach seiner gottgefälligen Meinung sittenverleidend wirken könnte, so reicht er sie im Kreise seiner Kumpane herum. Ist das unsittliche Bild aber genugsam beangenehmigt, so werden noch einmal die Augen frumm verdrückt und dann wandert das corpus delicti mit einer entsprechenden Denunziation am's Polizeipräsidium. Das ist das traurige Amt, das die Mucker zu dieser Zeit freiwillig ausüben. Man mißverstehe uns nicht. Von wirklichen Unsittlichkeiten und Unhöflichkeiten bleibt, wie auch die Gegner oft anerkannt haben, kein Blatt freier als ein sozialdemokratisches. Aber mit desto größerem Recht steht es uns daher auch an, das Treiben zu geißeln, dem die Mucker gegenwärtig obliegen und wir wünschen diesen Herren, daß von keiner Seite auf der Welt mehr Unstlichkeiten bewirkt werden, als durch Neujahrskarten. Den Verkäufern dieser Karten aber empfehlen wir, den Kunden in energischer Weise zu zeigen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat, wenn diese Leute ihnen „christliche“ Moralpredigten halten und gar „christliche“ Neujahrskarten aufzudrängen versuchen sollten.

Allerhand Weihnachtsfeiern, die am Sonntag von orthodox-kirchlichen Vereinigungen für Arbeitslose veranstaltet wurden, zeigten, wie wenig Tagelöhner die Frohmen vor dem Herrn besitzen. Freilich, was bedarf es Arbeitslosen gegenüber des Tagelöhners! Für ein Stückchen Brot und eine Tasse Getränk, das besonders phantastischbegabte Leute als Kaffee bezeichnen, kann der Arbeitslose auch schon was leisten und so muß der Arme denn in der Art, wie wir es kürzlich gelegentlich der Kellermeister schilderten, eine halbe Stunde lang Kirchenorgel spielen, eine weitere halbe Stunde lang sich von einem Pastor erzählen lassen, daß der „Heiland“ auch für die Arbeitslosen geboren wurde, und erst wenn diese und noch einige andere Präparationen vorüber, ist er würdig, seinem leeren Magen den dürftigen Weihnachtschmaus anzuvertrauen, den ihm fromme Männer dargereicht haben. Ob die Leute, die derartige Besprechungen veranstalten, gar nicht fähig, mit welchem Gedanken die Hungernden, soweit in ihnen noch nicht alles Selbstbewußtsein erloschen ist, derartige Prozeduren über sich ergehen lassen? Der gewöhnliche Mann, der einem Armen, der an seine Thür klopf, eine Gabe beschert, thut dies ohne Sinnen, weil er ohnedies weiß, wie furchtbar elend es ist, betteln zu müssen; die frommen Herren aber scheinen es darauf abgesehen zu haben, den Arbeitslosen den Appetit vorher noch durch besondere Maßregeln zu verderben. Ist dies auch praktisches Christenthum?

Falsche Hünsmarkstücke zirkuliren seit einiger Zeit wieder in Ansehen erregender Weise. So wurde gestern Abend wieder ein solches in der Dekubation von Milde in der Alten Jakobstraße angehalten, in derselben erschien ein gut gekleideter Mann und versuchte, nachdem er eine Fehle von 1.25 M. Kontrakt hatte, dieselbe mit einem 5 Markstück zu bezahlen. Dem Wirth fiel der Klang des Geldes und ein seitiges Gefühl beim Anfaßen desselben auf und verweigerte derselbe die Annahme. Da der Fremde erklärte, anderes Geld nicht zu besitzen, so wurde ein Schuhmann hinzugerufen, der bei einer Untersuchung des Unbekannten noch zwei falsche 5 Markstücke vorfand. Da der betreffende Angabe seines Namens und Wohnung verweigerte, so wurde derselbe zur Wache geführt. Die Polizeikräfte zeigten das

Bild des Kaisers Friedrich und auf der Rückseite die Jahreszahl 1888.

In denjenigen Verufen, über deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch das Reichsamt des Innern statistische Erhebungen erfolgen, dürfte nunmehr auch der der Bureau-Angestellten gehören. Durch Schreiben des Reichsamts vom 22. Dezember cr. an den Vorsitzenden der freien Vereinigung der Bureau-Angestellten Berlins und Umgegend wird die zu diesem Zwecke gewählte Kommission mit dem Vorsitzenden der Kommission für Arbeiterstatistik, Unterstaatssekretär Dr. von Notenburg am 8. Januar nächsten Jahres zu einer mündlichen Besprechung eingeladen.

In der Central-Markthalle plötzlich verstorben ist am Sonnabend Abend die Gattin des Restaurateurs Polisch aus Schönholz. Die Dame befand sich Weihnachts-Einläufe halber in Berlin und begab sich gegen Abend nach der Central-Markthalle, um Fische einzukaufen. Während die aufscheinend rüstige Frau mit der Verkäuferin handelte, fiel sie plötzlich zu Boden und wurde in bewußtlosen Zustande nach der Charitee geschafft. Hier konnte die Bedauernswerthe, welche von einem Schlaganfall betroffen war, nur noch ihren Namen und ihre Wohnung nennen, um dann wenige Minuten darauf zu sterben. Ihr Gatte, der den Abend und die Nacht hindurch vergeblich auf die Wiederkehr seines Weibes geharrt, wurde am nächsten Morgen telephonisch von dem Unglück verständigt.

Vorsicht beim Verbrennen von Weihnachtsbäumen. Die Ursachen von Ofen-Explosionen infolge Verbrennens von Weihnachtsbäumen wurden dieser Tage in einer Sitzung der Polytechnischen Gesellschaft erklärt. Tanne und Fichte sind in Stamm, Zweigen und Nadeln sehr harzig. Das Harz enthält Kohlen-Wasserstoff. Wird der Baum verbrannt, so entströmt der Kohlen-Wasserstoff in großer Menge. Geschieht das Verbrennen in einem Ofen oder Herd mit hartem Jng, so verbindet sich der Kohlen-Wasserstoff mit dem Sauerstoff der atmosphärischen Luft, und es entstehen Gase sehr explosibler Art, denen der Kachelofen nicht Stand hält. Wie bedeutend der in den Nadeln des Baumes enthaltene Kohlenwasserstoff ist und wie kräftig er unter der Einwirkung der Hitze austritt, läßt sich erkennen, wenn man einen mit Nadeln besetzten Zweig einer Kerzenflamme nähert. Die Ausströmung des Kohlenwasserstoffes aus den Nadeln, die innen eine Röhre besitzen und porös sind, ist so stark, daß die Flamme der Kerze meist ausgelöscht oder ausgeblasen wird.

Im Passage-Paroptikum sind während der Feiertage von roher Hand verschiedene Wachfiguren zerstört worden. Der Schaden, den die Gesellschaft durch diesen Vandalismus erlitten, soll sich auf mehrere Hundert Mark belaufen.

Aus Gram über den Tod ihres Sohnes aus dem Fenster gestürzt hat sich gestern Mittag 12 1/2 Uhr die im vierten Stock des Hinterhauses Kommandantenstr. 7 wohnende Frau Sgalmowski. Sie that den verhängnisvollen Sprung gerade in dem Moment, als ihre Tochter zum Mittagessen heimkehrte. Ein Genidbruch führte den sofortigen Tod der Unglücklichen herbei.

Adoptivkinder. In der „Vossischen Zeitung“ annouciert jemand: „Gebild., reich, kinderl., prot. Familie wünscht e. 2 bis 3jähr. Mädchen v. nur ganz feiner Herkunft zu adoptiren. Off. u. f. w.“ Man hat hierbei in erster Linie an uneheliche Kinder zu denken. In Oesterreich, die solche Kinder anbieten, wird es der kinderlosen Familie nicht fehlen. Es giebt der unehelichen Kinder auch von „nur ganz feiner Herkunft“ genug, da dergleichen unerwünschter Nachwuchs selbst den „besten“ Familien zuweilen von der Tochter des Hauses beschert werden soll. Diese Kinder mögen das Licht der Welt allerdings zumeist in der Abgeschiedenheit einer bei Zeiten aufgefundenen unbekannt „Pension“, einer einfaamen Sommerfrische oder eines welschernen Badortes erblicken. Sie werden dann in Pflege gegeben, natürlich auch nur in „ganz feiner“ Familien, und später läßt man sie bei passender Gelegenheit von einem kinderlosen Ehepaar, das wiederum nur zu den „gebildeten“ und „vornehmen“ gehören darf, adoptiren. Auf Geld braucht dabei nicht gesehen zu werden, und wenn die Familie, die durch die oben angeführte Annonce ein Adoptivkind sucht, sich darin ausdrücklich als „reich“ bezeichnet, so geschieht das wohl nur, um der ihr Kind wegnehmenden Mutter die Versicherung zu geben, daß der Sproßling auch wieder in gute Verhältnisse kommen und keine Noth leiden wird. Daß uneheliche Kinder zur Adoption an wildfremde Leute weggegeben werden, kommt auch in Arbeiterkreisen vor. In gewissen bürgerlichen Blättern kann man fast täglich Annoncen lesen, in denen irgend eine arme Person „edeldenkende Menschen“ bittet, ihr ihr Kind abzunehmen. Die unehelichen Kinder von „ordinärer“ Herkunft werden jedoch nicht weggegeben, weil die Mutter der „Schande“ ausweichen will, sondern weil sie das arme Wesen nicht ernähren kann und durch die notwendige Pflege desselben noch im Erwerb des eigenen karglichen Lebensunterhaltes behindert wird. In der Regel werden diese Kinder auch nicht unsonst verpflegt, sondern es wird eine gewisse Summe dafür verlangt. Sie werden also regelrecht verkauft. Die Töchter aus „nur ganz feiner“ Familien, die ein uneheliches Kind zu vergeben haben, mögen sich darüber einsehen. Wir haben nicht den Muth, einen Stein auf die ihr Kind verlassende Mutter zu werfen. Die Mutterliebe, die sich ja angeblich nur im Gegenwartsstaat betätigen kann, müssen sie beide aus ihrem Herzen reißen, die reiche Mutter nicht weniger als die arme. Der einzige Unterschied ist der, daß es die eine aus Noth und die andere aus Eitelkeit und Scheinheiligkeit thut. Und wiederum ist es nur die Noth, welche dazu führt, daß die Hungernde zu verkaufen wünscht, was nur die Satte verschmerzen darf.

Eines „Scherzes“ wegen verhaftet wurde am zweiten Weihnachtsfeiertage der Müllerergesse Carl. Derselbe bemerkte am Dienstag Morgen gegen 8 Uhr in der Gerichtstraße ein vor einem Hause stehendes Milchfährer, dessen Führer gerade nicht anwesend war; er schwang sich auf den Bod und jagte davon. Er kam auf seiner Fahrt auch nach Reinickendorf, wo zufällig ein Berliner Pferdehändler, der kurz vorher erst das Pferd an den Milchhändler verkauft hatte, das Gespann zu Gesicht bekam. Da ihm der Kutscher unbekannt war, so fiel er dem Pferde in die Fänge und brachte dasselbe zum Stehen. Jetzt versuchte der Müllerergesse zu entfliehen, wurde jedoch von Passanten festgehalten und trotz seiner Erklärung, daß er den Milchhändler genau kenne und sich nur einen „Feiertags-scherz“ geleistet habe, festgehalten. Inzwischen hatte der Bestohlene bereits auf dem nächsten Polizeibureau seinen Verlust gemeldet, und die telephonische Meldung davon traf etwa bei der Behörde in Reinickendorf ein, als der Pferdehändler seine Erklärung von der unigen Freundschaft mit dem Milchhändler abgab. Eine weitere telephonische Unterhaltung stellte fest, daß der Bestohlene den Müllerergesse gar nicht kannte, und so wurde der „Scherzbold“ in das Moabiter Untersuchungsgefängniß abgeliefert.

Das Kunststück, mit Hülfe eines Gerichtsvollziehers zu rücken, hat ein Tischler im Louisenstädtviertel fertig gebracht. Ein Lokalblatt erzählt davon das folgende Geschichtchen: Der Weiser schuldete dem Hauswirth bereits über 800 M. Miete, und am 1. Januar waren abermals 800 M. fällig. Um nun dem Hauswirth das Retentionsrecht an den Möbeln und Werkstätten-Utensilien zu nehmen, ließ sich der Wiedermann von seinem Schwager, einem Winkellensulanten, verklagen. Nachdem das Urtheil rechtskräftig war, erschien der Schwager mit dem Gerichtsvollzieher bei dem Tischler und pfändete das gesammte

Möbiliar, Hobelbänke und Holzvorräthe. Eines Vormittags, als der Hauswirth gerade seiner Pflicht als Schlichter in Moabit genügte, holte der Gerichtsvollzieher die gepfändeten Gegenstände ab und brachte sie zur Pfandkammer. Schon am Nachmittag erschien der Tischler bei dem Gerichtsvollzieher und präsentirte ihm einen Schein des Gläubigers, worin dieser in die Freigabe der Sachen willigte. Infolge dessen mußten dem Schuldner die gepfändeten Gegenstände von der Pfandkammer zurückgegeben werden. Der Tischlermeister brachte dieselben nun aber nicht nach seiner Wohnung zurück, sondern ließ sie nach einer bereits in der Reichsbergerstraße gemieteten neuen Wohnung und Werkstatte bringen. Als der Hauswirth seinen Anspruch auf vorzugsweise Befriedigung aus dem späteren Auktionserlöse erheben wollte, waren die Sachen längst freigegeben und von der Pfandkammer abgeholt. Er ersitzte aber, daß sein Miether mit seinem Schwager ein abgekartetes Spiel getrieben hatte, und brachte den Vorfall zur Anzeige, so daß die Sache für den Schlawberger nun doch eine andere Wendung nehmen dürfte.

Durch das vorzeitige Zerwerfen einer Koupette für sind am Sonnabend der Arbeiter August Pfannschmidt auf dem Bahnhof Börse zwei Finger der rechten Hand zerquetscht worden. Der Verletzte will seine Entschädigungsansprüche gegen den Eisenbahnklub geltend machen.

Polizeibericht. Am 27. d. M. Vormittags fiel ein Mann gegenüber dem Hause Virkenstr. 16 beim Besteigen eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens zur Erde und brach den Unterschenkel. — Auf einem Patronenritze durch den Friedrichshain stürzte ein Schuhmann mit seinem Pferde und erlitt einen Bruch des Oberschenkels. — Von der Alsenbrücke sprang eine Frau in die Spree, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charitee gebracht. — Auf dem Moritzplatz gerieth ein sechsjähriger Knabe unter die Räder eines Bierwagens und erlitt außer bedeutenden Verletzungen im Gesicht einen Bruch des Oberarms. — Nachmittags fiel ein Kutscher an der Rigau- und Proskauerstraße von einem Mörtelwagen herab, wurde überfahren und erlitt eine Quetschung beider Unterschenkel. — In der Posamentierwaaren-Fabrik von Gebrüder Prinz, Alte Jakobstr. 120, brach Mittags Feuer aus, das einen großen Theil der Waaren und Vorräthe vernichtete. — Außerdem fand Abends im Hause Oranienstr. 127 ein unbedeutendes Feuer statt.

### Gerichts-Beitung.

Ueber den Religionsunterricht der Dissidentenkinder hat in bezug auf den Erlass des früheren preussischen Kultusministers v. Jellity das Landgericht zu Halle a. S. ein Urtheil von prinzipieller Bedeutung gefällt. Der Angeklagte Karl Brandt war durch Urtheil des Schöffengerichts wegen mehrfacher Schulversummisse seiner beiden Kinder zu Geld- oder Haftstrafen verurtheilt worden. Gegen dieses Urtheil legte er Berufung ein. Durch das Ergebnis der Hauptverhandlung vor dem Berufsgericht ist folgender Sachverhalt erwiesen: Angeklagter ist mit seiner Ehefrau Wilhelmine geb. Fischer aus der evangelischen Landeskirche ausgeschieden. Seine beiden nicht getauften Kinder Luise und Karl besuchen die evangelische Volksschule in Halle. Auf eine vom Angeklagten an den Magistrat zu Halle a. S. gerichtete Eingabe war seine Tochter Luise Brandt von der Theilnahme an dem evangelischen Religionsunterrichte entbunden worden. Für seinen Sohn Karl hat der Angeklagte eine gleiche Entbindung bei dem Magistrat nicht nachgesucht; er hat sich damit begnügt, dem Schuldirektor die Anzeige zu machen, daß er auch seinen Sohn nicht in die Religionsstunde schicken werde. Der Schuldirektor hat die Nichtteilnahme zunächst stillschweigend geduldet. Im Sommer 1892 wurde der Dispens für Luise Brandt vom Magistrat zurückgezogen und nunmehr wurde der Angeklagte vom Schuldirektor aufgefordert, seine beiden Kinder an dem Religionsunterrichte der Volksschule Theil nehmen zu lassen. Dieser Aufforderung folgte der Angeklagte nicht; es wurden daher auf eine Anzeige des Schuldirektors hin die erwahnten Strafen gegen ihn verhängt. Das Berufungsgericht war der Ansicht, daß schulpflichtige Kinder zur Theilnahme an dem Religionsunterrichte in einer Konfession, welcher sie bezw. ihre Eltern nicht angehören, nicht angehalten werden dürfen. Der Erlass des Kultusministers v. Jellity, wonach für Dissidentenkinder, die dem Religionsunterrichte in der Volksschule nicht beiwohnen, ein ausreichender Ersatz für diesen Unterricht nachzuweisen ist, enthalte eine unzulässige Beschränkung der durch § 11, II. 12 des allgemeinen Landrechts gesetzlich begründeten Rechte in Hinsicht der Dissidenten und sei somit — der Befehle im Verwaltungsbewege nicht aufgehoben werden können — rechtsungültig. — Hiernach habe nicht thatsächlich festgestellt werden können, daß der Angeklagte Brandt zu Halle a. S. dadurch, daß er seine Kinder Luise und Karl Brandt an dem evangelischen Religionsunterrichte der Volksschule nicht Theil nehmen ließ, dieselben den Schulunterricht habe verfaumen lassen. — Der Angeklagte wurde also freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt.

Eine Anklage wegen Beleidigung der Mitglieder der ersten Strafkammer des Landgerichts II wurde gestern gegen den Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung“, Dr. Otto Bachler, vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt. Es handelte sich um eine Notiz, die in der Abendausgabe der genannten Zeitung vom 19. Juni d. J. erschienen war. Derselbe erschien unter der Epithete: „Folgende auffassende Mittheilung geht uns von einem Leser zu.“ Es wurde dann erzählt, daß der wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftete Dr. med. Flatow aus Nirdorf gegen eine Kaution von 20 000 M. wieder auf freien Fuß gesetzt worden sei und diese Thatsache als ein schlagender Beweis dafür angeführt, daß die Juden im Lande der Ritze mit anderem Maße gemessen würden, als ihre christlichen Mitbürger. Wegen dieser letzten Aeußerung hatte der Präsident des Landgerichts II den Strafantrag gestellt. Der Angeklagte bestreitet sowohl jede beleidigende Absicht, wie auch, daß in der betreffenden Bemerkung überhaupt eine Beleidigung zu finden sei. Sie enthalte nur ein allgemeines Urtheil und er beantrage, seinen Kollegen und Mitbesitzer der Zeitung, Dedo Müller, darüber zu vernehmen, daß sie gemeinschaftlich die Notiz vor der Veröffentlichung auf ihren Inhalt genau geprüft und beide ihre Ansicht dahin ausgesprochen hätten, daß derselbe die Handhabe zu einer Anklage unzulässig bieten könne. Daß über die Haftentlassung des Dr. Flatow verschiedene Meinungen bestehen könnten, beweise schon die Thatsache, daß das Kammergericht den Beschluß der Strafkammer wieder aufgehoben habe. — Der Gerichtshof lehnte den Beweisanspruch des Angeklagten als unerheblich ab. Der Staatsanwalt bezeichnete den Vorwurf der Parteilichkeit, der den betreffenden Richtern gemacht worden sei, als eine schwere Beleidigung, die er mit Rücksicht auf die vielen Vorstrafen des Angeklagten wegen gleicher Vergehen mit einer Gefängnißstrafe von drei Monaten zu ahnden bat. Der Gerichtshof erkannte auf 100 M. Geldstrafe, event. 10 Tage Gefängniß.

Für Leute, welche gern wahnwitzige Wetten machen, ist folgender Fall lehrreich, welcher kürzlich das Reichsgericht beschlichtete. Infolge einer Wette hatte ein Knecht von einem anderen ein halbes Alter Brauntwein dargereicht erhalten, welches er in einem Zuge austrank. Auf dem Nachhausewege verfiel der Knecht an akuter Alkoholvergiftung und gegen den Theilnehmer an der Wette wurde die Anklage wegen fahrlässiger Tödtung erhoben. Die Strafkammer hatte ihn freigesprochen unter der Annahme, daß der Angeklagte als Folge seiner Handlung wohl eine Gesundheitschädigung, nicht aber den Tod des Knechtes habe voraussehen können. Auf die vom Staatsanwalt







Sigung. Nach derselben Zeit. — Tanzlehrer-Verein Solidarität, abends 8½ Uhr im Lokale von Brenberg, Kamenstraße Nr. 16, Sitzung. — Musikklub Rothe Fabrik, Freitag Abends 9 Uhr, Guorner, 48 bei Kricheldorf. — Ruderverein Fortwärts, Sitzung Abends 8 Uhr, in der Sportstraße, Jannomstraße. — Gesangsverein Freya (gemischter Chor) Altdorf, Abends 9 Uhr, bei Barla, Bögler, 130.

**English Conversational Club Shakespeare.**  
Meeting every Friday at 9 p. m. at Behrens Restaurant Königstr. 62. Lecturer Mr. J. Bloch. Guests are welcome.

## Vermischtes.

**Altona, 25. Dezember.** Demnächst wird über einen in Japan begangenen Mord vor dem hiesigen Schwurgericht verhandelt werden. Der Angeklagte, ein Händler namens Jakob Carlens, flüchtete vor 12 Jahren wegen mehrerer Diebstähle aus Altona und gelangte nach vielen Irrfahrten schließlich nach Yokohama. Hier geriet er mit einem Engländer in Streit, verletzte diesen und wurde deswegen von den japanischen Gerichten zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt. Nach verbüßter Strafe nahm Carlens Flucht an dem Engländer, lockte ihn in einen Hinterhalt und schloß ihn meuchlings nieder. Nach der Verhaftung des Mörders eruchte der deutsche Generalkonsul in Tokio um Auslieferung desselben an ein deutsches Gericht. Die japanischen Gerichtsprotokolle, die genau geführt sind, wurden bereits durch einen beidseitigen Dolmetscher übersetzt.

**Augustine, 27. Dezember.** Vor dem Schwurgericht der Charente begann heute unter großem Andrang die Verhandlung gegen die wegen der Ruhestörungen in Niquet-Mortes Angeklagten. Unter den Zuhörern befand sich der italienische Generalkonsul aus Marseille. Die Aussagen der vernommenen Angeklagten französischer Nationalität gehen dahin, daß die Italiener zuerst die Franzosen mit dem Rufe: „Nieder mit Frankreich, es lebe Italien!“ angegriffen hätten. Im weiteren Verlaufe der Verhandlung unterbrach der Präsident das Verhör der Angeklagten, um die Zeugenaussagen zu vernehmen, die sich auf die bekundeten Thatfachen beziehen. Der Friedensrichter, welcher bei den Unruhen zwischen den Italienern und den Franzosen zu vermitteln suchte, sagte aus, die Italiener hätten in einem Augenblick eine so drohende Haltung angenommen, daß der Befehlhaber der Gen darmarie Feuer geben lassen wollte, was er, der Friedensrichter, verhindert habe.

**Belgrad, 27. Dezember.** Prozeß Ananumowitsch. Der angeklagte frühere Handelsminister Kundowitsch verlangte die Ausschließung des Richters Basa Manojlowitsch auf Grund der zwischen ihnen bestehenden Feindschaft. Nach Verlesung der Vertheidigungsreden von Ribarac und Kundowitsch wurde die Sitzung geschlossen. In der nächsten Sitzung am Freitag wird mit dem Verhör der Angeklagten begonnen.

**Madrid, 27. Dezember.** In dem Prozesse gegen die Anarchisten, welche wegen des im vergangenen Jahre unternommenen Versuchs, die Deputiertenkammer in die Luft zu sprengen, angeklagt sind, behaupten zwei der Angeklagten, ein Franzose und ein Spanier, daß der dritte Angeklagte ein Agent provocateur sei. Die beiden ersteren bekennen sich zum Anarchismus, erklären aber, der Agent provocateur habe den Plan entworfen und die Explosivstoffe, aber deren Zusammenführung ihnen nichts bekannt sei, gekauft. Morgen findet das Verhör von fünfundsiebzehn Zeugen statt.

## Literarisches.

**Sozialpolitisches Zentralblatt**, herausgegeben von Dr. Heinrich Braun (Carl Heymann's Verlag in Berlin), vierteljährlich 2,50 M.). Die soeben erschienene Nummer 13 hat folgenden Inhalt: Die sozialpolitische Bedeutung der kleinen Handelsverträge. Von Dr. Bruno Schoenland. — Preussische Gesetzentwürfe in Vorbereitung. — Zur Reform der Rechtsverhältnisse der in der Haus- und Landwirtschaft thätigen Personen. — Staatliche Erhebungen über Arbeitslosigkeit im Großherzogthum Hessen. — Arbeitslöhne in der deutschen und englischen chemischen Industrie. — Die Schriftsetzerinnen in Edinburgh. — Arbeiterverhältnisse in Australien. — Zur Lage der englischen Bergleute. — Verband katholischer Arbeiter und gewerbliche Sonntagsruhe in Köln. — Zu den Arbeitsverhältnissen in den Ladengeschäften. — Sonntagsruhe im Barbiergewerbe. — Gewerbliche Sonntagsruhe und preussischer Handelsminister. — Beschränkung der Postbestellungen an Sonn- und Feiertagen. — Internationaler Arbeiterschutz-Kongress im Jahre 1894. — Die irrtümliche Anerkennung der Verpflichtung zur Unfallentschädigung. Von Dr. E. Lange. — Wohnverhältnisse der Arbeiterbevölkerung in Wien. Von Heinrich Adler. — Wohnverhältnisse der Ziegelei-Arbeiter in Preußen.

## Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herald.)

**Zanoni, 28. Dezember.** Die hier ausgebrochene Cholera tritt in sehr milder Form auf; aus diesem Grunde ist auch die Beförderung des Auslandes unbedenklich. Jedoch dürfte die Geldknappheit für die Importeure bei Fortdauer der Quarantäne drohend werden. Es ist aber Aussicht vorhanden, daß der Export nicht unterbrochen wird. Die Schiffsahrt-Gesellschaften haben den Verkehr mit Konstantinopel unterbrochen, den mit den anderen europäischen Häfen jedoch fortgesetzt.

**Yemberg, 28. Dezember.** Der Verkehr in Galizien und den benachbarten russischen Distrikten ist infolge der großen Schneeverwehungen gänzlich unterbrochen. Die Höhe des gesammelten Schnees reicht bis zu 2 Meter.

**Zofia, 28. Dezember.** Im Laufe des Januar soll der Prozeß gegen die Gebrüder Iwanoff wegen des versuchten Attentates auf den Fürsten zur Verhandlung gelangen.

## Briefkasten der Redaktion.

**J. M., Neunkirchen.** Die Staatsanwaltschaft hat die Befugnis, gegen die beiden Genossen wegen Verleumdung vorzugehen, wenn dies nach ihrer Ansicht im öffentlichen Interesse liegt. Jedoch nur auf Antrag der angeblich Verleumdigten.

**Kaabe.** Der Antrag des Rechtsanwalts wegen auf Grund eines Urtheils festgesetzter Gebühren verfährt erst nach 31 Jahren seit dem Tode der Rechtsträger des Urtheils.

**J. R. R. G.** Die Geschwürier können ihr Erbtheil nach 30 Jahre nach dem Tode der Ehefrau beanspruchen.

**Wittenberge.** Neue Grünstr. 14 bei Lehmann.

**G. R., Hannover.** Nein.

**Herrn Walthers, Doehmerstr. 16.** Haben Sie die Güte, sich morgen oder übermorgen Nachmittags 4-7 Uhr auf die Redaktion zu bemühen, damit wir die Sache besprechen können.

**E. Wolf.** Ja.

**H. Frenzel.** Zu 1. Das Pfand darf durch den Pfandleiher nicht früher als vier Wochen nach eingetretener Fälligkeit des Darlehens verkauft werden. Ist dies dennoch geschehen, so hat der Pfandleiher dem Verpfänder den durch den Verkauf verursachten Schaden zu ersetzen. Zu 2. Uebergabe des Pfandes ist zu dessen Verpfändung notwendig. Der Pfandnehmer ist zur Einlösung nicht verpflichtet, wohl aber zur Herausgabe des Pfandes gegen Zahlung des von ihm gegebenen Darlehens.

**S. Stabrow.** Das Gesetz vom 3. Juli 1876 betr. die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen, welches Sie in jeder Buchhandlung kaufen können, bestimmt die Höhe der für den Gewerbeschein zu entrichtenden Steuer. Derselbe beträgt von 6 M. bis 144 M. Es bedarf aber überhaupt keines Wander-Gewerbescheins, um in der Umgegend seines Wohnorts bis zu 15 Kilometer Entfernung von demselben selbstverfertigte Waaren, welche zu den Gegenständen des Wochenmarkt-Verkehrs gehören, feilzubieten oder gewerbliche Leistungen hinsichtlich deren dies Landesgebrauch ist, anzubieten, noch einer Erlaubnis, um dergleichen Waaren oder Leistungen, auch wenn dieselben nicht zu den selbstverfertigten gehören innerhalb des Gemeindebezirks des Wohnortes auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten, oder ohne vorgängige Bestellung von Haus zu Haus feilzubieten.

**A. A. VII. Berlin N.** Zu 1. Fügen Sie hinzu „die Kinder, welche mir noch geboren werden“. Ferner falls Sie verheiratet sind und noch andere Kinder als den eingetragenen haben und diese sowie die Ehefrau nicht zu Ihren Erben einsetzen wollen, so fügen Sie weiterhin hinzu: „Meine Ehefrau A., sowie meine Kinder B. C. sollen den Pflichttheil erlangen.“

**Zu 2.** Das Testament muß beim Amtsgericht niedergelegt werden.

**M. W. 100.** Nein, wenn nicht ein Verschulden der Herrschaft nachgewiesen werden kann.

**G. N.** Zu 1. Nein. Zu 2. Sprechen Sie zwischen 7½ und 8½ Uhr in der Redaktion vor.

**S. Schramm, Schöneberg.** Nein. Sie sind als Halbbruder, da der Bruder unvermögend ist, gesetzlich verpflichtet, Ihrer Halbschwester nothdürftigen Unterhalt zu gewähren.

**55.** Zu 1. ja, bis zum Ablauf der Dienstzeit, wenn sich das Mädchen durch den Dienst oder bei Gelegenheit desselben eine Krankheit zuzieht. Zu 2. ja. Seine Zahlung und Klage ist aber nothwendig. Denn das Krankenhaus wird sich in erster Linie an die Herrschaft halten. Zu 3. Es genügt die einfache Unterschrift, ohne jede Beglaubigung.

**P. L., Pallaststr. 5.** Die Frau Gräfin bis zum Ablauf der Dienstzeit, danach zunächst die Eltern, sodann die Geschwürier.

**Handelsmann.** 1. Ja. 2. Wenden Sie sich an das Polizeipräsidium. 3. Ja, in der Regel 48 M., kann aber bis 6 M. ermäßigt werden.

**G. T.** Zu 1. Zu dem „Vermögen“, welches der Schuldner beim Offenbarungseide anzugeben hat, gehört nicht nur sein Geld, seine Kleider, Wäsche, Möbel, sondern alle Sachen und Forderungen, die er eignet, mögen sie gesetzlich der Pfändung unterliegen oder nicht.

**Zu 2.** Das Gericht ist nicht verpflichtet, das Vermögensverzeichnis für den Schuldner zu schreiben.

**G. F. Lindenwalde.** Die Schulpflicht dauert so lange, bis das Kind nach Ansicht des Schulinspektors die erforderlichen Kenntnisse erworben hat. Das Kind darf also nicht eigenmächtig aus der Schule zurückgehalten werden, ebenso wenig aus dem Religionsunterricht. Da das Kind 14 Jahre alt ist, kann es selbständig aus der Kirche austreten.

**D. W. 20.** Die Sache scheint aussichtslos, doch ist persönliche Rücksprache erforderlich. Bitte, kommen Sie mit dem M. ad h. c. n. Montag, Freitag oder Sonnabends.

**Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt**  
Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

Als passendes Geschenk empfehlen wir:

**Ferd. Lassalle's**  
**Reden und Schriften.**  
Neue Gesammt-Ausgabe.

Mit einer biographischen Einleitung herausgegeben  
im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
von  
**Ed. Bernstein, London.**

Der Herausgeber schickt dem Lesers eine interessante kritisch-biographische Einleitung voraus: „Lassalle und seine Bedeutung für die Sozialdemokratie“, die auch eine große Anzahl neuer Quellenmaterialien enthält. In Form von Bemerkungen oder kritischen Randnoten zu den einzelnen Vorträgen prägt der Herausgeber den heutigen prinzipiellen Standpunkt der Partei, wo dieser verändert ist, aber erleichtert das historische und politische Verständnis der Materie. Die einzelnen Vorträge folgen nicht in chronologischer Reihenfolge, sondern nach ihrer inneren Zusammenhangsbeziehung. Zur Beurtheilung der geschichtlichen Entwicklung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesammtausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem Stahl-Portrait Lassalle's geschmückt.

<b>Band I:</b> elegant gebunden . . . . .	Mk. 2,50
— in Leinen gebunden . . . . .	3,00
— in Halbfranz gebunden (Liebhabereinband) . . . . .	4,00
<b>Band II:</b> elegant gebunden . . . . .	4,00
— in Leinen gebunden . . . . .	4,50
— in Halbfranz gebunden (Liebhabereinband) . . . . .	5,50
<b>Band III:</b> elegant gebunden . . . . .	3,50
— in Leinen gebunden . . . . .	4,00
— in Halbfranz gebunden (Liebhabereinband) . . . . .	5,00

**Einbanddecken** für alle drei Bände sind zum Preise von 50 Pfennig (Leinen), von 1,20 (Halbfranz) zu beziehen.

Unsere Lassalle-Ausgabe kann auch bezogen werden in  
**50 Lieferungen (je 3 Bogen) à 20 Pfennig.**

**Bitte lesen Sie!**  
Jedem Genossen, der seinen Bedarf an  
**Winter-Paletots,**  
sowie Mägen, einzelnen Mäden, Raquetts, Hosen, Westen u. s. w., feinerer Stiefeln, Hüte, Wäsche, Betten, gold- und silberne Herren- u. Damen-Uhren, Waschkessel, Heise- und Holzboffer u. s. w. billig und gut kaufen will, empfehle mein bekanntes reichhaltiges Lager in Alt und Neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.

**A. Wergien, Schneidermstr.**  
und Parierwaarenhändler,  
**127 Skalitzer-Strasse 127**  
Bestellungen nach Maß werden billig und gut ausgeführt.  
Bitte recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. 5055L\*

**Teppiche!!**  
**Portieren!!**  
**Gardinen!!**  
**Steppdecken!!**

kauft man am  
billigsten in der Fabrik von  
**J. Brünn, Händlscher**  
Stadtbahnhof Börse.

**Roh-Tabak**  
**A. Goldschmidt, 4435L\***  
am hiesigen Plage wie bekannt  
**größte Auswahl!**  
Garantie für sicheren Brand.  
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.  
**A. Goldschmidt,**  
**Oranienburgerstr. 2.**

**Weinhandlung v. Carl Boehme**  
seit 1889 Reichensbergerstr. 148.  
Rum, Punch, Säfte, Glühweine  
à Literl. v. 1,60 an. Empfehle ausserdem meine vorzügliche Bordeaux-, Portugiesische, Ungar- und Rheinweine, Liqueure und Fruchtäfte. 10106

**Brust 35-40 Pf., Reule 40-50 Pf.**  
**Auguststr. 50 a.**

**Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt**  
2. Beuth-Strasse, Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

Soeben ist erschienen und zur Ausgabe gelangt:

**Rathschläge**  
zur  
**Leitung von Versammlungen.**

48 Seiten mit Umschlag.  
**Preis 20 Pfennig.**

**Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.**

**Rum,**

echt und Façon, Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Fl. 10 Fl. billiger.

**Punsch-Extract,**  
**Glühwein-Extract,**

Literflasche Mark 1,60, 5 Liter Mark 7,50.

**Echt Stonsdorfer,**  
Likör à Ltr. 1,20, 5 Ltr. 5,50, 10 Ltr. 10,—, 50 Ltr. 47,50, 100 Ltr. 90,—.

**Eugen Neumann & Co.,** Inhaber:  
Conrad Neumann,  
**6a. Belle-Alliance-Platz 6a.**  
**Neue Friedrichstr. 31. Oranienstr. 8.**  
Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

**!! Roh-Tabak !!**

Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigerer Preislage, empfiehlt  
**Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung,**  
Brunnerstr. 195.  
Formen (Vodfoorn) wieder vorräthig.

**Hochfeine Banarienhähne**, nur 5,30 M. mit Verpackung, versendet per Nachnahme und Garantie f. Werth. **G. Müller, Vogelzuchterei,** Nordhausen. Von d. nicht gefallenden nehme gegen Umtausch oder per Nachnahme in 8 Tagen zurück. 9956\*

**Neues Club-Haus**  
72, Kommandantenstr. 72.  
5 Häle (Bühne) zu Festlichkeiten u. Versamml. Amtl. 7421. **H. Ebert.**

**M. W. Walter,**  
Zenghofstraße 3.  
**Neue Hülsenfrüchte billigst.**  
Mehl 52772\*  
5 Pfd. 65 Pf., 5 Pfd. 85 Pf., 5 Pfd. 1,10 M.  
**Neues Pflanzenmus 2 Pfund 35 Pf.**  
**Neue Pflanzen 2 Pfd. 35 Pf.,**  
2 Pfd. 45 Pf., 2 Pfd. 55 Pf., 2 Pfd. 75 Pf.  
**Zucker, fein und grob, 2 Pfd. 55 Pf.**  
Thür. u. Braunsch. Fleischwaaren.  
Preiten-Schnitz à Pfd. 60 Pf. Sauer-  
kohl à Pfd. 5 Pf. Salom-Öl 1 Liter  
18 Pf. Petroleum 1 Liter 15 Pf.

**Restaurant „Zur Gleichheit“**  
Andreasstr. 26.  
Jeden Sonnabend und Sonntag:  
Familienkränzen, verb. m. ersten  
und heiteren Vorträgen. Saal f. Ver-  
samml., Vereine u. Festlichkeit, jed. Art,  
nebst verb. Regellebahn, noch einige Tage  
frei. Jeden Sonnabend u. Sonntag  
Gänge-Ausschieden. 40 in- und  
ausländische Zeitungen liegen aus in  
**F. Wilke's Restaurant**  
„Zur Gleichheit“, Andreasstr. 26



## Codtenschan

### organisirter Parteigenossen Berlins und Umgegend 1893.

- Gustav Blum, Mitglied der Vereinigung der Maler, Lackierer und Anstreicher. 1. Januar.
- Georg Koch, Tischler, Mitglied des 4. Wahlvereins und des deutschen Tischlerverbandes. 2. Januar.
- Eduard Seelig, Tischler, Mitglied des Fachvereins der Tischler. 3. Januar.
- Thomas Stachowiak, Gärtler und Gelbgießer, Mitglied des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend. 3. Januar.
- Friedrich Grassow, Maurer, Mitglied des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend. 6. Januar.
- Wolfgang Schmidt, Mitglied des Vereins der Buch-, Papier- und Lederindustrie. 9. Januar.
- Franz Köppen, Tischler, Mitglied des Vereins zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Tischler Berlins und Umgegend. 10. Januar.
- Wolfgang Saage, Mitglied des 2. Wahlvereins und des Vereins zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe Berlins und Umgegend. 12. Januar.
- Gustav Beck, Mitglied der Freien Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgenossen. 16. Januar.
- Ernst Coris, Maurer, Mitglied des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend. 16. Januar.
- Ernst Peter, Mitglied des 4. Wahlvereins. 19. Januar.
- Max Liebetraut, Drechsler, Mitglied des 4. Wahlvereins. 20. Januar.
- Hermann Fischer, Mitglied des 2. Wahlvereins und des deutschen Tischlerverbandes. 23. Januar.
- Georg Schindler, Holzbildhauer, Mitglied des Gauvereins Berliner Bildhauer. 21. Januar.
- Paul Tschorn, Holzbildhauer, Mitglied des Gauvereins Berliner Bildhauer. 23. Januar.
- Paul Lofenski, Arbeiter, Mitglied des 6. Wahlvereins. 24. Januar.
- Hermann Tweller, Zigarrenmacher, Mitglied des sozialdemokratischen Arbeitervereins in Köpenick. 24. Januar.
- August Heibed, Arbeiter, Mitglied des Interessensvereins der Buchdrucker-Gilfsarbeiter Berlins und Umgegend. 29. Januar.
- Theodor Stolle, Schriftsetzer, Mitglied des deutschen Buchdruckerverbandes. 30. Januar.
- Wilhelm Vogel, Puzer (Schönberg), Mitglied des Zentralverbandes deutscher Maurer. 4. Februar.
- Eduard Besser, Steinbildhauer, Mitglied des Gauvereins Berliner Bildhauer. 5. Februar.
- Franz Stefanek, Maler, Mitglied der Vereinigung der Maler, Lackierer und Anstreicher. 10. Februar.
- August Brandt, Tischler, Mitglied des Vereins zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Tischler Berlins und Umgegend. 11. Februar.
- Endemann, Handschuhmacher, Mitglied der Freien Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgenossen. 16. Februar.
- Gustav Köhl, Musiker, Mitglied der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmänner Berlins und Umgegend. 19. Februar.
- Bernhard Engelmann, Maurer, Mitglied des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend. 23. Februar.
- Karl Voll, Restaurateur, Mitglied des 4. Wahlvereins. 8. März.
- Heinrich Bohmann, Mitglied des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“ zu Niddorf. 9. März.
- Adolf Ulrich, Maurer, Mitglied des 5. Wahlvereins. 14. März.
- Paul Schneider, Futtmacher, Mitglied des Unterstützungsvereins deutscher Futtmacher. 17. März.
- Karl Reinwald, Puzer, Mitglied des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Filiale 1. 6. April.
- Wilhelm Barch, Musiker, Mitglied der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmänner Berlins und Umgegend. 10. April.
- Adolf Wickers, Kupferschmied, Mitglied des Verbandes. 10. April.
- August Lamur, Weber, Mitglied des Textilarbeiter-Verbandes. 15. April.
- Wilhelm Zehe, Schlosser, Mitglied des 6. Wahlvereins. 21. April.
- Ernst Gräbler, Tischler, Mitglied des Vereins zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Tischler Berlins und Umgegend. 24. April.
- Georg Gröhner, Gaudbdiener, Mitglied des Vereins Berliner Gaudbdiener. 25. April.
- Karl Jeremi, Tischler, Mitglied des Fachvereins der Tischler und des deutschen Tischler-Verbandes. 28. April.
- Otto Kohn, Studiente, Mitglied des Fachvereins der Studiente. 1. Mai.
- August Vanndt, Tischler, Mitglied des deutschen Tischler-Verbandes. 4. Mai.
- Johann Schumacher, Mitglied des Fachvereins und Verbandes. 10. Mai.
- Wilhelm Haberland, Fuhrherr, Mitglied des 6. Wahlvereins. 11. Mai.
- Robert Sandermann, Drechsler. 11. Mai.
- Hermann Engler, Mitglied des 3. Wahlvereins für Zeltow-Beetzow-Charlottenburg. 14. Mai.
- Karl Otte, Tischler, Mitglied des Tischlervereins. 22. Mai.
- Gustav Albrecht, Mitglied des Verbandes der Geschäftsdienner, Pöder und Berufsgenossen. 28. Mai.
- August Florian, Textilarbeiter, Mitglied des Textilarbeiter-Verbandes und des Arbeitervereins für Himmelsburg und Umgegend. 29. Mai.
- Bernhard Dorn, Mitglied des 1. Wahlvereins. 31. Mai.
- Paul Wiesner, Futtmacher, Mitglied des Unterstützungsvereins deutscher Futtmacher. 28. Juni.
- Josef Stimmel, Mitglied des Verbandes der Geschäftsdienner, Pöder und Berufsgenossen. 4. Juli.
- Karl Lehmann, Tischler, Mitglied des Fachvereins der Tischler. 10. Juli.
- Robert Mlynar, Stodarbeiter, Mitglied des Vereins zur Wahrung der Interessen der Stodarbeiter Berlins. 13. Juli.
- Gustav Jagendorf, Maurer, Mitglied des Vereins „Vorwärts“, Niddorf. 13. Juli.
- Georg Linke, Monier, Mitglied des Arbeiter-Bildungsvereins „Ankunft“, Reinsdorf. 16. Juli.
- Nicolaus Grünwald, Mitglied des 6. Wahlvereins. 17. Juli.
- Karl Polvogt, Futtmacher, Mitglied des 2. Wahlvereins. 18. Juli.
- Otto Kuprecht, Mitglied des 4. Wahlvereins. 20. Juli.
- Emil Hill, Mitglied des Volks-Bildungsvereins für Britz und Umgegend. 9. August.
- Hermann Wuth, Filzschuharbeiter, Mitglied des Vereins der Filzschuharbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. 19. August.

- Richard Siechel, Schuhmacher, Mitglied des 1. Wahlvereins. 29. August.
  - Hermann Koch, Klempner, Mitglied des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend. 5. September.
  - Förster, Schankwirth, Mitglied des Vereins zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe Berlins und Umgegend. 14. September.
  - Eduard Hellwig, Puzer, Mitglied des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. 16. September.
  - Theodor Glaubig, Holzarbeiter, Mitglied des deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 16. September.
  - Karl Gammeh, Maler, Mitglied der Vereinigung der Maler, Lackierer und Anstreicher. 17. September.
  - Hermann Laake, Zigarrenarbeiter, Mitglied des 4. Wahlvereins. 6. Oktober.
  - Hermann Gottwald, Vergolter, Mitglied des 2. Wahlvereins. 11. Oktober.
  - Paul Helligermann, Tischler, Mitglied des 2. Wahlvereins. 11. Oktober.
  - Karl Nymann, Mitglied des Unterstützungsvereins deutscher Futtmacher. 18. Oktober.
  - Wilhelm Gessert, Maler, Mitglied der Freien Vereinigung der Maler. 20. Oktober.
  - Joseph Hohlwegler, Maler, Mitglied des 3. Wahlvereins und der Freien Vereinigung der Maler. 21. Oktober.
  - Louis Berndt, Maler, Mitglied der Freien Vereinigung der Maler. 29. Oktober.
  - Heinrich Göbel, Zigarrenfabrikant, Mitglied des 6. Wahlvereins. 6. November.
  - Jakob Stein, Bäcker, Mitglied des Verbandes der Bäcker. 6. November.
  - Karl Lehmann, Gelbgießer, Mitglied des 4. Wahlvereins. 7. November.
  - Paul Raschke, Klempner, Mitglied des 4. Wahlvereins und des Fachvereins der Klempner. 12. November.
  - A. Döring, Goldarbeiter, Mitglied des Verbandes deutscher Gold- und Silberarbeiter. 13. November.
  - Johann Kuligowski, Böttcher, Mitglied des Zentralvereins deutscher Böttcher. 19. November.
  - Franz Feil, Zimmerer, Mitglied des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend, Bezirk 1. 19. November.
  - Kugus Winter, Tischler, Mitglied des Tischler-Vereins. 20. November.
  - Oskar Schuhmann, Tischler, Mitglied des Vereins zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Tischler Berlins und Umgegend. 24. November.
  - August Petermann, Zimmerer, Mitglied des 6. Wahlvereins. 25. November.
  - H. Holzbecher, Maurer, Mitglied des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend, des Vereins zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe Berlins und Umgegend, des 6. Wahlvereins. 26. November.
  - Oskar Tulle, Filzschuharbeiter, Mitglied des Vereins der Filzschuharbeiter. 28. November.
  - Otto Hensel, Bildhauer, Mitglied des Gauvereins Berliner Bildhauer. 11. Dezember.
  - Max Wenzel, Gummi-Arbeiter, Mitglied des Vereins der Gummi-Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. 16. Dezember.
  - Karl Hoppe, Schriftsetzer, Mitglied des 4. Wahlvereins. 19. Dezember.
  - Rebhuhn, Mitglied des 6. Wahlkreises. 24. Dezember.
- Chre ihrem Andenken!

## Gerichts-Beilage.

Eine moralische Hinrichtung wurde am 21. Dezember vor der Bielefelder Strafkammer an den Bodelschwingh'schen Anstalten vollzogen. Das Treiben in diesen Instituten ist, wie unsere Genossen wissen, schon des öfteren von uns aufgedeckt worden, aber kaum je vorher wurde das „praktische Christenthum“ orthodoxer Oberstanz so sehr in seiner nackten Abscheulichkeit ans Licht gezogen, als in dem Prozeß, in dem sich der Missionar Paulus Moritz Bönil gegen die Anklage zu vertheidigen hatte, den Hausvater der Bodelschwingh'schen Anstalt Bethel mit der Begehung eines Verbrechens bedroht zu haben.

Der in Ausland von jüdischen Eltern geborene Angeklagte war in Deutschland zum Christenthum übergetreten und hatte die Absicht, sich der Missionarität zu widmen. Er wurde zuletzt als Gehilfe in der Antiquariats-Buchhandlung in der Anstalt Bethel beschäftigt, wo er am 30. August d. J. einen Selbstmordversuch machte, indem er sich eine Revolverkugel in den Oberkörper schob.

Bönil ist angeklagt, am 30. August d. J. den Hausvater Schnittger, den Vorsteher des Antiquariat zu Bethel, mit dem Todtschießen bedroht zu haben, Vergehen gegen § 241 des Strafgesetzbuches, er war in Untersuchungshaft genommen und auf Grund der Anklagen des genannten Hausvaters Schnittger und des Pastor Siebold von der Anstalt Bethel, welche belastend gegen ihn ausgesagt hatten, in Untersuchungshaft gehalten. Die Anklageschrift giebt folgende Sachdarstellung.

Der Angeklagte Bönil war seit einigen Monaten in dem zu den Bodelschwingh'schen Anstalten gehörigen Hause „Saba“ aufgenommen. Im August dieses Jahres äußerte er wiederholt die Absicht, wieder nach Ausland zurückkehren zu wollen, und verlangte vom Pastor Siebold, dem stellvertretenden Leiter der Anstalten, sowie von dem Hausvater Schnittger die Mittel zur Heimreise, erhielt aber von Beiden einen ablehnenden Bescheid. Bereits am 29. August d. J. hat er seiner hierdurch hervorgerufenen Erregung dadurch Ausdruck gegeben, daß er in der Nähe des Siebold'schen Hauses mit einem Revolver, den er sich heimlich zu verschaffen gewußt hatte, nachdem ihm bereits früher ein Revolver vom Hausvater Schnittger fortgenommen war, einen Schreckschuß abgab.

Am Morgen des 30. August traf Schnittger, der mit Bewußtsein durch den Garten ging, den Angeklagten dort an und eröffnete ihm, daß er nicht länger in „Saba“ bleiben, auch kein Revolver erhalten könne.

Auf die Frage des Angeklagten, wie es denn mit dem ihm abgenommenen Revolver wäre, erklärte Schnittger, daß er den Revolver vorläufig im Geldschrank eingeschlossen habe.

Nun zog der Angeklagte einen geladenen Revolver hervor, zielte aus unmittelbarer Nähe auf Schnittger und legte drei bis vier Mal, rückwärts gehend, auf ihn an. Dieser rief um Hilfe und forderte den Menward auf, Hilfe zu dessen Ueberwältigung herbeizuführen. Der Angeklagte ließ darauf, sich umwendend, fort und schob sich nach ca. 36 Schritt selbst eine Kugel in die Brust.

Die Hauptverhandlung gegen Bönil fand am 21. d. Mts. vor der Bielefelder Strafkammer statt; über deren Verlauf unterrichtet die nachfolgende Schilderung möglichst ausführlich; doch sei vorweg bemerkt, daß die Zeugen Pastor Siebold sowohl wie

Hausvater Schnittger ihre Aussagen mit so auffallend leiser Stimme machten, daß dieselben nur zum geringsten Theil im Hörsaalraum verständlich waren.

Die Vernehmung des Angeklagten nahm für alle, welche sich für das innere Leben der Anstalt Bethel interessieren, einen sehr bemerkenswerthen Verlauf. Nachdem der Präsident die Personalien des Paulus Bönil festgestellt und die Anklageschrift hatte vorlesen lassen, fragte der Präsident: Sind Sie Missionskandidat? Angekl.: Jawohl! Prä: Ihre Religion? Angekl.: Ich bin Christ. Prä: Sind Sie lutherisch oder katholisch? Angekl.: Weder das erste noch das andere. Prä: Sie sind also konfessionslos? Angekl.: Ja wohl. Prä: Sie sind von der lgl. Staatsanwaltschaft angeklagt: Am 30. August d. J. zu Sadderbaum den Hausvater Schnittger mit der Begehung des Verbrechens des Todtschlags durch Erschießen bedroht zu haben. — Vergehen gegen § 241 des Strafgesetzbuches. Was haben Sie nun dagegen einzumenden?

Angekl.: „Meine Herren! Die Schuld, welche mir zur Last gelegt wird, gegen Herrn Schnittger gezielt zu haben, weise ich entschieden zurück. Ich weiß nichts davon. Und, wenn ich noch hundert Mal gefragt werden soll, ob ich es gethan habe, so lange ich bei der Wahrheit bleiben will, muß ich immer mit Nein antworten. Es kann aber sein, daß, während Herr Schnittger mich so unmenslich und grausam gejagt und verfolgt hat, daß ich mit der Hand eine Bewegung gemacht habe, welche Gelegenheit Herr Schnittger benutzte, hat, als Bedrohung aufzufassen, um mich verklagen zu können; ich aber weiß wahrhaftig nichts davon.“

Dann wird mir in der Anklageschrift zur Last gelegt: Meisgeld verlangt zu haben und zwar zuerst von Pastor Siebold und dann von Schnittger, und daß ich mir heimlich einen Revolver angeschafft und einen Schreckschuß abgegeben hätte. In diesen Anschuldigungen werden viele Unwahrheiten mit einander vermischt und zwar die erste ist die: Ich habe nicht nur Meisgeld verlangt, sondern auch 15 Mark monatlich an Gehalt, also noch mehr als der Kläger sagt, und ich wiederhole es: Meisgeld und 15 M. monatlich, und ich glaube das Recht gehabt zu haben, das Geld zu verlangen; denn das war ja mein ausbedingener Lohn, den man mir versprochen hatte. Daß die Herren auf der Anstalt Bethel es so treiben, zuerst einen Lohn versprechen und nachher nicht bezahlen wollen, das wußte ich nicht, jetzt weiß ich es. Und ich bleibe dabei, ich habe das Geld verlangt, und werde es verlangen, bis man mir's bezahlt wird; denn Gott sei Dank! wir leben in einer Zeit, in welcher die Leibeigenschaft nicht existirt; zwar möchten, wie ich glaube, die Herren Siebold, Schnittger dieselbe wieder einführen, mich sollen sie aber zum Leibeigenen nicht bekommen. Dann wird gesagt: Ich habe das Geld zuerst von Siebold und dann von Schnittger verlangt. Es ist nicht wahr, umgekehrt war es, zuerst von Schnittger und dann von Siebold, und zwar von Schnittger schon am 27. August um 8 Uhr Abends, nach der Abendkirche, und von Siebold erst am 29. August, um 10 Uhr Morgens. Was nun den Schreckschuß betrifft, das werden die Herren in Laufe meiner Aussage hören. Fragen wir noch der Ursache: Was hat mich genöthigt mit einem Male das Geld zu verlangen, um nach Hause abzureisen zu können? Es muß doch etwas zu Grunde liegen? R. S.! Die Ursache ist die. Ich muß aber, damit die Herren einen Einblick bekommen, wie man in den sogenannten „lutherischen“ Anstalten behandelt wird, bemerken, daß ich nerodt bin, ich kann den Anblick der Epilepsie nicht ertragen, wenn ich den Aufschrei eines Epileptischen höre, beginnen in mir alle Glieder zu zittern, und es ist mir so zu Muth, als ob ich einen Nervenschlag bekomme. Zur epileptischen-lutherischen Kirche ging ich nicht freiwillig, sondern ich bin von Pastor Siebold, Schnittger, Reuten auf das unerträglichste mit dem Besuch dieser Kirche gequält worden.

Nun will ich die Ursache des Schreckschusses angeben. Am 27. August Morgens habe ich die epileptisch-lutherische Kirche besucht. Die 13 Anfälle, welche da während des Gottesdienstes vorliefen, haben mich fast in einen wilden Zustand versetzt. Ich kam nach Hause und sagte zu meinem Inquisitor Reutin: „Ich weiß nicht, was Sie von mir wollen, ich kann die Epilepsie nicht ertragen, ich werde lieber den Tod wählen, als zu dieser epileptisch-lutherischen Kirche zu gehen; denn die Epilepsie wie das Luthertum wird mich entweder krank oder wahnsinnig machen; übrigens, wenn ich nach meiner Ueberzeugung, als spekulativer Mystiker, nicht leben darf, so reise ich nach Hause und werde ins Judenthum zurücktreten; den Bruder Martin Luther, der von sich sagte: „Ich reisse wie ein Böhm und fause wie ein Deutscher“, werde ich nicht anbeten.“ Dieser Reutin ging am Nachmittage zu Schnittger und hat mich bei ihm verklagt. Nun begann man von neuem Pläne zu schmieden, wie man den abtrünnigen Lutheraner, den lutherlosen Bönil, wieder in das Reich des Luthertums einfangen kann, und zugleich begann man mich im Geheimen zu beobachten. Um 7/7 Uhr Abends ging ich von „Saba“ fort, ich wußte nicht, daß Schnittger mich auf Schritt und Tritt verfolgte. Als ich am Brodenhause vorbei war, bog ich links um. Da hörte ich mit einem Male hinter mir rufen: „He, Bönil, frecher Schlingel, sofort zur Kirche, Sie sollen zur Kirche, Sie müssen zur Kirche, von nun an dreimal wöchentlich zur Kirche!“ Alle Menschen, welche sich auf der Straße befanden, blieben stehen, ich habe beinahe den Schlag vor Schande bekommen; einige Bielefelder sagten zu mir: Gehen Sie doch hin und schlagen Sie diesem alten Säuser die Knochen kaput. Ich gab ihnen zur Antwort: Ich bin Ausländer, ich muß mir manches gefallen lassen. Nach der Kirche ging ich zu Schnittger hin und bat ihn: Herr Schnittger, Sie sehen doch, daß dieser elende Kirchenzwang nie was Gutes zwischen uns hervorrufen wird; ich bitte Sie, Sie werden sich wohl erinnern können, als ich Ihnen freiwillig den Revolver eingeliefert habe, welcher auch eine Frucht des Siebold'schen Kirchenzwanges war, sagten Sie zu mir: bleiben Sie nur bei uns so lange Sie wollen, wenn Sie weggehen, werden Sie das Meisgeld bis nach Hause bekommen; denn sehen Sie, es handelt sich bei uns nicht um das Geld, wir haben auch dem Herrn Schnittger das Meisgeld nach Hause gegeben. Ich bat darauf: geben Sie mir das Meisgeld und die 15 M. monatlich und ich fahre fort, und zwar lieber heute als morgen. Da begann er: Wer, was, ich habe Ihnen kein Meisgeld versprochen. Herr Schnittger, antwortete ich, dann kann nur ein zweifaches möglich sein, entweder oder, entweder Sie haben vergessen oder Sie lügen. Nachdem ich das Wort „lügen“ ausgesprochen hatte, schlug er mich auf die Brust, ich fiel auf die Thüre, so daß ich hätte beinahe das Genick brechen können. Und mit dieser That wurde der Sonntag, an welchem das Evangelium vom barmherzigen Samariter gepredigt wurde, geschlossen. Prä: Wollten Sie denn in Saba bleiben? Angekl.: Anfangs wohl, nachher konnte ich die Grobheiten und die Beleidigungen des Herrn Schnittger nicht mehr ertragen und wollte deshalb fort. Prä: Nun, bitte, erzählen Sie mir, was an den folgenden Tagen vorgekommen ist. Angekl.: Montag, den 28. August, begann ich meine Sachen zu packen. Da kam Schnittger an und begann mich zu schimpfen. Ich gab ihm keine Antwort, denn ich kannte doch die Person, mit welcher ich zu thun hatte. Als ich ihm die Antwort verweigerte, begann er gegen mich laut zu



Freien: „Sie sollen mir eine anständige Antwort geben!“  
„Ja, wenn Sie eine anständige Antwort verlangen, so müssen Sie sich auch anständig benehmen.“ Frecher Schlingel war sein letztes Wort. Dienstag, den 29. August, wollte ich in die Stadt gehen; ich bat Schnitger um Erlaubnis, er aber hat sie mir mit der Andeutung, ich müsse Pastor Siebold fragen, verweigert. Auf meine Frage: „Was hat denn das zu bedeuten, stets haben Sie mir die Erlaubnis erteilt und heute, wenn ich morgen abreise, soll ich neues anfangen?“ antwortete er mir: „Wenn Sie morgen abreisen, so müssen Sie mir noch heute blinden Gehorsam leisten.“ Ich ging nun, ohne weiteres mit ihm zu sprechen, fort. Herr Schnitger lief mir nach und rief: „Frecher Patron.“ Ich lehnte um und erwiderte seinen Gruß mit den Worten: „Sie sind ein verdammter Lump.“ Meine Herren! Ich gebe zu, es war unrecht von mir, daß ich diesen Ausdruck gebrauchte, ich hätte sollen lieber schweigen; aber, meine Herren, woher die Gebuld? Im Laufe der kurzen Zeit, welche ich leider in der Anstalt zugebracht habe, war der tägliche Gruß entweder „frecher Schlingel“ oder „frecher Patron“ und dergleichen. Mein Geduldsvorrath war alle geworden, ich konnte es nicht mehr aushalten. Uebrigens ist es ja nur die in Bethel übliche Sprache, deren ich mich bedient habe; denn, glauben Sie nur, meine Herren, in Rußland habe ich solche Ausdrücke der deutschen Sprache nicht kennen gelernt! Als Schnitger die Worte „verdammter Lump“ gehört hatte, rief er einen Kranken zu seiner Hilfe herbei; ich eilte aber fort und ging nach Bielefeld.

In der Stadt angekommen, suchte ich einen Bekannten von mir auf und fragte ihn um Rath, was ich machen soll. R. A. sagte zu mir: Klagen Sie doch. Gewiß, meine Herren, ich hätte es auch getan, leider hatte ich keinen Pfennig in der Tasche. Die letzten vier Mark, welche ich besaß, nahm mir Schnitger unter dem Vorwande, er wolle für mich ein Sparfassenbuch anlegen. Ich sah aber ebensowenig jemals dies Sparfassenbuch, wie ich bis heute Amerika gesehen habe. Ich ging von R. A. mit dem festen Entschlus, mich selbst verhaften zu lassen, fort; ich wollte aber noch einmal mit Pastor Siebold sprechen, denn ich glaubte, Siebold sei besser als Schnitger. Ich ging zu Siebold und bat ihn um meinen Lohn, bekam aber zur Antwort: „Geben Sie auf die Polizei und lassen Sie sich doch mit Transport nach Hause schicken.“ Meine Herren! Ich meine, es ist wünschenswerth, daß dieser Fall im Reichstage erwähnt werde, wie die Herren Pastoren es mit ihren Arbeitern treiben; so lange man Schweiß, Kraft, Zeit zu verzeihen hat, ist man ihnen willkommen, verlangt man aber den verdienten Lohn, dann sagen die Herren: „Geben Sie nur auf die Polizei und lassen Sie sich doch als Dieb nach Hause transportieren.“ Von Siebold ging ich auf die Polizei, bat den Herrn Polizei-Inspektor, er möchte mich verhaften und ich erzählte ihm die ganze Sache. Der Polizei-Inspektor schickte mich nach Gadderbaum. Da es nun 11 Uhr war und ich noch keinen Bissen genossen hatte, lief ich aus Verzweiflung umher, ohne zu wissen, wohin. Gegen 4 Uhr Nachmittags kam ich in Dersford an, mit dem festen Entschlus, mich nieder zu schmeißen. Da ich keinen Revolver hatte, so verzog ich es bis zum nächsten Tag. In Dersford borgte ich bei Pastor Gottschalk, der mich von meiner früheren Thätigkeit her als Judenmissionar kennt, 8 Mark und mit dem 1/2 Uhr Zug fuhr ich nach Bielefeld ab. In Bielefeld war das erste was ich that, ich kaufte mir einen Revolver und ging nun damit zu Siebold. Als ich da ankam, kam mir ein Mädchen entgegen. Ich bat sie, sie möchte Pastor Siebold fragen, ob er mir meinen Lohn geben will oder nicht, sie brauche mir nur ein Ja oder Nein zu bringen. Da kam nun Pastor Siebold selbst und begann im Tone salbungsvoller Liebe: „So, ich kann Ihnen nur sagen, was ich heute Morgen gesagt habe, Sie bekommen nichts.“ Herr Pastor, hat denn alle Ehrlichkeit und Wahrheit im Christenthum aufgehört? fragte ich. Sie quälten mich heute den ganzen Tag mit Hunger, es ist Nacht geworden, alles geht zur Ruhe und ich habe nicht, wohin ich den Kopf legen kann. Sie zwingen mich, daß ich mich niederschmeiße. „Ja, schmeißen Sie sich todt.“ Herr Pastor, es wird Ihnen aber nachher leid thun. „Schmeißen Sie sich nur todt.“ Herr Pastor, es wird Ihnen nachher leid thun. „Schmeißen Sie sich nur todt.“ Wenn so, so soll Ihr Wille geschehen. Ich lief aus seinem Garten, zog meinen Revolver aus der Tasche und bevor ich noch Zeit hatte, denselben auf mich zu richten, ging er in die Luft los. Meine Herren! Das ist der Schreckschuß des Herrn Staatsanwalts. Es war aber kein Schreckschuß, sondern der Schuß war bestimmt, mich aus den Banden des Lutherthums, aus den Händen eines lutherischen Pastors zu befreien.

Von Siebold ging ich nach „Saba“, ich wollte noch den Herrn Schnitger fragen, ob er mir das Geld geben wolle und dann wollte ich in den Wald gehen, um mich da zu erschießen. Schnitger war nicht zu Hause. Auf das Bitten der Hauswirthin, Frau Krugwacker, ging ich in mein Zimmer und bog mich zur Ruhe. Am 30. August Morgens, ich sah im Garten, kam Schnitger in Begleitung eines gewissen Mehwald auf mich zu. Er schien mir, daß Schnitger einen Revolver im Hüfen versteckt hatte. Mehwald hielt ein kleines Messer in der Hand. Nun begann Schnitger: „Sie haben sich gestern ohne meine Erlaubnis ins Bett gelegt, Sie können in „Saba“ nicht bleiben.“ Gut, ich bin damit einverstanden, bitte nur um meinen Lohn. Er gab mir keine Antwort und ging fort. In mir wurde unterdessen die Frage wach: Sollten die Leute mit Waffen gekommen sein? Ich rief nun: Herr Schnitger, ich bitte um meinen Revolver. Er begann mich jedoch zu verfolgen. Ich zog meinen Revolver aus der Tasche, hielt ihn auf mich gerichtet und sagte zu ihm: Sehen Sie, ich habe einen anderen Revolver. Schnitger rief nach Mehwald, ich lief fort. Unterwegs begann ich zu weinen und bat: Herr Schnitger, Sie und Pastor Siebold quälten mich schon 1 1/2 Tage mit Hunger; bitte verfolgen Sie mich nicht; er unterbrach jedoch die Verfolgung nicht und lief mir nach bis zu der Stelle, wo ich zusammenbrach.

Am Boden liegend, fragte ich Herrn Schnitger, welcher etwa zehn Fuß entfernt von mir stand, ob er mir meinen Lohn geben wolle oder nicht, jetzt sei nun die Entscheidungsstunde gekommen, denn ich könne nicht weiter laufen, ich schloß somit mich nieder. Da hörte ich noch die Worte: „Frecher Schlingel, schmeißen Sie sich todt“ und ich brach gleich zusammen. Wer mich geschossen hat, ob ich selbst oder ein anderer, weiß ich nicht.

Von den Zeugen wurde zuerst der Hausvater Schnitger vernommen. Der Zeuge äußerte sich, soweit dies im Zuhörerraum vernehmlich war, nur über den vom Angeklagten zuletzt geschilderten Vorgang; er sei an dem Tage, als B. die Anstalt verließ, verreist gewesen, als er am nächsten Tage erfuhr, daß Bönit wieder da sei, nahm er von Mehwald mit und verurtheilte dem B., daß er kein Kleingeld erhalten werde, und daß er auch in „Saba“ nicht mehr bleiben dürfe. Nun habe jener einen Revolver gezogen und auf ihn, den Zeugen, drei bis vier Mal geschossen, worauf Bönit fortlief und sich eine Kugel in die Brust schloß. Präsi.: Ist der Angeklagte vermögend? Zeuge: Er hat noch einige Bücher. Präsi.: Aber das geht doch nicht so ohne weiteres, daß man einen Menschen an die Luft setzt? Zeuge gab auf diese Zwischenfrage keine Antwort. (Wort, hört.) Der zweite Zeuge Mehwald erzählte: Der Herr Bönit hat auf Herrn Schnitger geschossen, ich habe es gesehen, er lief fort und das war alles. Nun wurde Pastor Siebold vor geladen. Derselbe war nicht zufrieden mit dem Eid des Zeugnisses, sondern machte noch einen Extrazusatz. Präsi.: Was wissen Sie? Zeuge: Bönit wollte von mir Lohn haben und ich gab ihm nichts; da zog er einen Revolver und schloß in die Luft. Ich bat ihn, lassen Sie das w. r. Er hat schon einmal in Brestum so etwas gemacht, was ich gehört oder gelesen habe, ich weiß nicht mehr wo. Präsi.: Ist der Angeklagte zurechnungsfähig? Zeuge: Begründete Zweifel an seine Zu-

rechnungsfähigkeit habe ich nicht; wohl aber glaube ich, daß er an Alkoholvergiftung leidet, sonst ist er gesund.

Der Angeklagte hatte noch den Pastor Hunis in der Anstalt Bethel als Schutzzeugen geladen, um sich von diesem ein allgemeines Zeugnis ausstellen zu lassen. Pastor Hunis bekundete etwa: So weit ich den Herrn Bönit kenne, halte ich ihn für einen edel denkenden Menschen; es ist nicht zu leugnen, daß ein Mann, wie Herr Bönit, dessen Studium immer Philosophie und die spekulative Mystik war sehr schwer die Behandlung durch den Hausvater Schnitger empfinden mußte. Ich halte Herrn Bönit für einen braven, ordentlichen Menschen. Der Herr Staatsanwalt faßte sich kurz und beantragte auf grund der eidlichen Aussagen der Zeugen Schnitger und Mehwald wegen Vergehen gegen § 241 des Strafgesetzbuches eine Gefängnißstrafe von 3 Monaten.

Der Gerichtshof verhandelte nach kurzer Verathung ein freisprechendes Urtheil; in der Begründung heißt es: daß Bericht habe trotz der eidlichen Aussagen der beiden Zeugen nicht die Ueberzeugung gewonnen, daß der Angeklagte den Revolver gegen den Hausvater Schnitger angeschlagen habe; es sei nicht erwiesen, daß der Angeklagte die Absicht gehabt habe, den Hausvater zu erschließen; das Gericht habe dem Angeklagten Glauben geschenkt, wenn dieser meinte, der Hausvater habe wohl eine unwillkürliche Bewegung des Armes für eine gegen ihn gerichtete Drohung genommen.

## Versammlungen.

Die Agitation für den Boykott der Charitee schreitet rüstig vorwärts. Am 27. Dezember haben wiederum in vier verschiedenen Stadttheilen gleichzeitig öffentliche Volksversammlungen stattgefunden und sich mit dieser Frage beschäftigt.

In der Bodbrannerei am Tempelhofer Berg referirte Dr. Heymann. Einleitend die Ursachen des Boykotts besprechend, bemerkte der Redner, daß auch von anderen Parteien derselbe als berechtigt anerkannt werde, nichts desto weniger aber zur Beseitigung der Mißstände von keiner anderen Seite, außer der Sozialdemokratie, Mittel und Wege in Anwendung gebracht würden. Mit der stereotypen Redensart: „Das ist schon immer so gewesen und wird auch so bleiben“, sucht sich das honette Bürgerthum ebenso über die Frage hinwegzusehen, wie es auch auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet mit derselben Redensart seine Vorkosterklärung ausspricht. Das Proletariat habe auch hier die Besserung der Zustände in der eigenen Hand und Unterfütterung von keiner Seite nötig. Redner behandelte in kurzen Zügen die Entstehung und Geschichte der Charitee seit dem Jahre 1800. Alle Mängel der damaligen Zeit haben sich an diesem Institut bis auf den heutigen Tag erhalten und zwar sind daran nicht die Aergste, sondern die falschen Verwaltungszustände schuld. Die Beiträge des Staates, lumpige 400 000 M. jährlich, sind ein Nickel im Vergleich zu den Ausgaben für den Militärismus. Als Anhängel zur Universität und zur Ausbildung junger Kerle bestimmt, sei die Charitee für den Staat jedoch sehr werthvoll; der wirksam durchgeführte Boykott derselben bedeute für ihn Entziehung der Studienobjekte. Damit dieselbe recht fühlbar werde, möge Jeder sein Möglichstes beitragen, daß der Boykott erfolgreich durchgeführt werden kann. Der Redner kam dann auf den von Dr. Schaper, dem jetzigen Cheirzt der Charitee, geplanten Neubau des Instituts zu sprechen. Im Gegensatz zu diesem war er der Meinung, daß bei ausreichenden Mitteln dieses Krankenhaus in drei Jahren sehr gut hergestellt werden könne; die berechnete Frist von zehn Jahren wäre nur ein Kompliment gegenüber dem Moloch Militarismus, dem man um alles in der Welt die Mittel nicht beschränken dürfe. (Sehr richtig.) Nach eingehender Besprechung der bekannten, von der Kommission der Krankenkassen an die Charitee-Verwaltung gerichteten Forderungen, wobei er deren notwendige Durchführbarkeit an einigen interessanten Beispielen veranschaulichte, forderte Redner schließlich zur regsten Agitation in weiteren Schichten der Bevölkerung auf, damit die betreffenden Behörden recht bald gezwungen sind, zwecks Abstellung der Mißstände in der Charitee mit der Kommission der Krankenkassen in Verbindung zu treten. (Lebhafter Beifall.) Reichstags-Abgeordneter J. u. b. bemerkte in seinem dem Vordredner sich anschließenden Referat, der Boykott der Charitee habe eine weitgehende Bedeutung erlangt, indem die Verhältnisse dieses staatlichen Instituts, das sonst immer den Anspruch erbob, eine Musteranstalt zu sein, offenkundig vor aller Welt kritisiert wurden. Hoffentlich habe der Boykott auch den städtischen Behörden ins Gewissen gesprochen, und trägt dazu bei, daß auch hier manche Uebelstände verschwinden. Redner ersuchte um Mittheilung irgend welcher, die Charitee oder andere Krankenhäuser betreffende Beschwerden an eine der Adressen der im „Vorwärts“ bekannt gegebenen Mitglieder der Subkommission der Krankenkassen. Die aus den Ausführungen einiger erst vor ganz kurzer Zeit aus der Charitee entlassener Patienten hervorgehend, haben sich die Verhältnisse in der Charitee trotz des Boykotts bisher auch nicht um ein Jota geändert. Die Behandlung, das Essen, die Unsauberkeit, die Frömmerei als Pendant zum Kaspernetzen u. s. w., alles sei noch so wie vorher. Nach einem Schlussworte des Dr. Herrn Heymann gelangte nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die 27. Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und legt jedem Anwesenden die Verpflichtung auf, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß der Boykott über die Charitee anrecht erhalten wird, bis die grundlegenden Forderungen der Kommission der Krankenkassen erfüllt und somit die schlimmsten Mißstände beseitigt sind.“ Der vorgerückten Zeit wegen wurde in eine Debatte über den zweiten Punkt der Tagesordnung nicht eingetreten. Nachdem noch erwähnt worden, sich soweit wie möglich in den Dienst der Arbeiter-Sanitätskommission (Adresse: Dr. Jadel, Annenstr. 46) zu stellen, erfolgte Schluß der Versammlung.

In Konfordia-Saale hatten sich gegen tausend Personen eingefunden, um zum Boykott der Charitee Stellung zu nehmen. Dr. Bernste in besprach an der Hand der von der Arbeiter-Sanitätskommission und den Krankenkassen aufgestellten Forderungen die Mißstände, welche in der Charitee herrschen, und wies nach, wie notwendig die Abstellung derselben ist, dabei das in der Charitee eingeführte System, zu sparen um jeden Preis, ohne Rücksicht auf die Noththeile, welche den Kranken dadurch erwachsen, verurtheilend. Stadivordneter Mehnert schilderte als zweiter Referent die Vernachlässigung der Kranken, welche eine Folge davon ist, daß die Direktion und die Verwaltung der Charitee nicht in ärztlichen Händen liegt. Er zeigte an verschiedenen Beispielen, wie langsam u. s. w. den Verordnungen der Kerste durch die Verwaltung und die Wärter entsprochen wird. Redner forderte die Kassennmitglieder auf, die Vorstände, welche an der Bekämpfung der geschilderten Mißstände Theil nehmen, in diesem Vorgehen kräftig zu unterstützen. Auf Antrag beschloß die Versammlung, von einer Diskussion Abstand zu nehmen und erklärte sich in einer Resolution mit den Ausführungen der beiden Referenten voll und ganz einverstanden.

H. Schmidt referirte sodann über die Gründe, welche die Zentralisation der Krankenkassen empfehlenswert machen. An der Hand eines ausführlichen statistischen Materials über die Verhältnisse der hiesigen Orts-Krankenkassen stellt Redner einen Vergleich an mit der Zentralisation der Krankenkassen in Leipzig, die ein recht erfreuliches Resultat auf diesem Gebiet zu verzeichnen haben. Nach eingehender Schilderung der geradezu unheilbar gewordenen Zustände in den hiesigen Orts-Krankenkassen bejauhrte Redner die Zentralisation.

In der Diskussion verlangte Gaswirth Herzberg Zentralisation des gesamten Versicherungswesens, ferner Aufhebung der freien Hilfskassen. Mehrere Redner betonten, vor allen Dingen komme es darauf an, daß die Kassennmitglieder durch regen Besuch ihrer Generalversammlungen Fürsorge treffen, daß brauchbare und zielbewußte Vertreter in den Vorstand kommen. Außer einem Redner, der das Großziehen eines bürokratischen Beamtenapparates innerhalb der Zentralisation fürchtete, sprachen sämtliche Redner für das Projekt. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Versammlung geschlossen.

Ueber die eingelaufene Resolution soll in der nächsten Versammlung, die am 21. Januar stattfindet und zu der alle Kassenvorstände eingeladen werden, beschließen.

In der Volksversammlung, welche im Puhlmannschen Lokale tagte, referirte Dr. Kolowich über den Charitee-Boykott. Derselbe wies darauf hin, daß der Boykott erfreulicherweise Fortschritte mache. 200 000 versicherte Kassennmitglieder hätten sich bereits dem Boykott angeschlossen. Immerhin aber gäbe es noch eine ganze Reihe von Krankenkassen, welche sich dem Boykott bisher nicht angeschlossen haben und voraussichtlich dies auch wohl nicht thun werden. Hier gelte es, Einfluß auf die Mitglieder und durch diese auch auf die Vorstände dieser Kassen zu gewinnen. Der Erfolg würde sicher auch hier nicht ausbleiben, wenn man bedenke, aus welchen Gründen der Boykott hervorgerufen sei. Der Referent führte nunmehr alle Klagen und Mißstände über die Charitee in großen Zügen vor Augen, erläuterte die von der Krankenkassen-Kommission aufgestellten Forderungen, welche seiner Meinung nach ohne weiteres bewilligt werden können und schloß mit der Aufforderung, daß alle dazu beitragen mögen, den Boykott siegreich durchzuführen, damit, wenn eine neue Charitee gebaut werden sollte, in diese auch ein neuer Geist einziehe. (Beifall.) Dem Vortrage folgte eine animirte Diskussion, in welcher die Chariteeverhältnisse eine ausgiebige Beleuchtung erfuhren.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: Zentralisation der Krankenkassen theilte der Vorsitzende Rätcher dasjenige mit, was bisher in dieser Frage geschehen ist und war der Meinung, daß einer Zentralisation ein Verbot von Krankenkassen vorausgehen müsse. Zweifelloß sei, daß sich ganz erhebliche Vortheile erzielen ließen. Rätcher sprach sich gegen Zentralisation aus. Ein tieferes Eingehen auf die Frage der Zentralisation wurde für unthunlich erachtet, da die event. Bewirkung derselben noch in weiter Ferne liege. Es wurde darauf hingewiesen, daß es zunächst Pflicht der Orts-Krankenkassen-Mitglieder sei, das Ihrige zu thun, daß die Kasseeverwaltung eine den Interessen der Arbeiter entsprechende werde. Der Gedanke der Zentralisation fand im übrigen allseitige Sympathie.

Die Versammlung für Moabit tagte unter dem Vorsitz des Genossen Pjarr in Ahrens's Brauerei; Referenten für den ersten Punkt waren Dr. Weil und Adler. Dr. Weil führte in einem interessanten Vortrage der Versammlung die Uebelstände vor Augen, die ein Eingreifen der Arbeiterschaft nötig machten. Selbst die gegnerische Presse werde durch das erdrückende Beweismaterial gezwungen werden, Stellung gegen die Charitee zu nehmen. Der Redner weist im einzelnen nach, wie der Boykott bereits gewirkt hat und schließt mit dem Ersuchen an die theilnehmenden Kreise, fest zu bleiben; die Arbeiterklasse müsse auch in dieser Frage die Rolle des Pioniers der Humanität übernehmen. Genosse Adler behandelte hierauf eingehend die Forderungen, welche von der Kommission der Krankenkassen an die Direktion der Charitee gestellt sind. Grade der preussische Staat habe hier prächtige Gelegenheit praktische Sozialreform zu treiben. Aber keine Reformsinnelei, mit Schnecken-tempo erwarten wir, sondern energische sofortige Hilfe. Möge man eine Reihe von Privathäusern schleunigst ankaufen und zu interimistischen Baracken einrichten; den Neubau aber derart einrichten, daß in längstens zwei Jahren das neue Gebäude bezogen werden kann. — Die Versammelten bekundeten durch lebhaften Beifall ihre Uebereinstimmung mit den Referenten und gelangt eine Resolution, die sich zustimmend zu dem Boykott ausspricht, einstimmig zur Annahme. Das Referat zum zweiten Punkte der Tagesordnung hatte der Genosse Guthert übernommen, der in längerer Rede die Vortheile der Zentralisation der Kassen den Anwesenden schilderte. Ebenso wie die Stimmen, welche bei Einführung der freien Arztwahl gegen diese Reform sich erhoben, jetzt größtentheils schon zum Schweigen gebracht seien, werden auch die Einwände, die man gegen dieses Projekt hat, bald verflümmen. Die Arbeitgeber sind mit wenigen Ausnahmen auch dafür. Redner appellirt an die Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, daß den Krankenkassen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werde und die Abneigung, die viele Genossen noch den Kassen entgegenbringen, verschwinde. Genosse Adler wünscht, daß die Krankenkassen die ihnen zustehenden Rechte auch insoweit ausnützen, daß den Unternehmern u. s. w. die Uebertretung der Gewerbe-Ordnung u. s. w. verleidet wird. — Nach einer kurzen zustimmenden Diskussion wurde eine Resolution für die Zentralisation einstimmig angenommen und nachdem noch auf die am 21. Januar in den Konfordia-Saalen stattfindende große Versammlung aufmerksam gemacht, wurde die Versammlung geschlossen.

Stetig. Am ersten Weihnachts-Feiertage fand im Garmbrinus eine gut besuchte Volksversammlung statt, die sich mit der Stichwahl zu den Gemeindevertreter-Wahlen, welche am Freitag, den 29. Dezember, Abends von 6 bis 8 Uhr stattfindet, beschäftigte. Genosse Kaspar schilderte unter lebhaftem Beifall der Versammlung noch einmal die Schäden und Mißstände in der Gemeindeverwaltung und das Verhalten einiger Gemeindevertreter in ihren Versprechungen den Arbeitern gegenüber. In der Diskussion sprachen mehrere Genossen im Sinne des Referenten. Zur Annahme gelangte hierauf folgende Resolution: Die Volksversammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und spricht den Wunsch aus, daß sich die Genossen im zweiten Bezirk vollständig der Stimmenabgabe enthalten mögen, dafür aber im ersten Bezirk um so wirksamer für unseren Genossen Mittag ein-treten, um diesem zum Siege zu verhelfen.

## Briefkasten der Redaktion.

S. 2. 42/43. Ja, ganz entschieden.

J. G. Die Verpflichtung der Gemeinde durch den Ortsvorsiehler ohne vorhergegangenen oder nachträglich hinzukommenden Beschluß der Gemeindevertretung ist unzulässig und unverbindlich. Verfügt der Landrath als Aufsichtsbehörde die Zahlung, so steht der Gemeinde diese Verfügung die Klage bei dem Bezirksauschusse zu. In Ihrem Falle dürfte jedoch, abgesehen von dem strikten Recht, die Bezahlung des Handwerkermeisters, der doch nun einmal geleistet hat, billig sein.

H. G. Ja, die Firma ist verpflichtet, ihren Arbeitern den Lohn auch für die Tage zu zahlen, an welchen dieselben wegen Brandes aussetzen mußten. Die Arbeiter müssen sich aber ihren etwaigen anderweitigen Verdienst während dieser Tage abrechnen lassen.

104. A. B. Nein: Nach § 367 St. G. B. wird mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft, wer unbefugt einen Theil einer Leiche aus dem Gewahrsam der dazu berechtigten Personen wegnimmt.

S. Darmann. Zahlen Sie nur an den neuen Hauswirth, der sich bei Ihnen zu melden und zu legitimiren hat.

A. S. Ja. Die Alimantationsforderung für das uneheliche Kind verjährt erst in 30 Jahren nach der Geburt des Kindes. Die einzelne fällige, ihrem Betrage nach durch Abrede oder Urtheil festgestellte Alimantationsrate verjährt binnen vier Jahren nach dem 31. Dezember d. J., in welchem sie fällig wurde.